

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

303 (29.12.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.- M. einchl. 80 J Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.00 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 J. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 10spaltige Kolonelleile 1.-M. Die Restamegeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. - Annahmeschluss 1/9 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

„Auge um Auge, Zahn um Zahn!“

Paris, 27. Dez. In der Freitagssitzung der Kammer erklärte Kriegsminister Ribbentrop, er glaube im Gegensatz zu seinem Vorgänger Lefebvre, daß der Augenblick gekommen sei, die militärischen Lasten herabzumindern, ohne dadurch die nationale Verteidigung zu schwächen. Lefebvre stütze sein System auf militärische Bedingungen, die schon vor dem Kriege veraltet gewesen seien. Gegenüber Lefebvre, der gegen den Friedensvertrag von Versailles gestimmt habe, weil er ihn nicht für ausreichend halte, sei er der Ansicht, daß der Vertrag, wenn er vorsichtig und strikte angewendet werde, mit der Vervollständigung durch das Abkommen von Spa vollaus genüge, um dem Land die Befriedigung zu geben, die es erwarte. Der Kriegsminister verliest sodann einen Brief, den er an Marschall Foch gerichtet hat, um ihn zu ersuchen, General Klotel Weisungen zu erteilen, damit alle Nichtausführungen am Friedensvertrag, die festgestellt seien, durch Zwangsmaßnahmen beantwortet würden, und jeder Verdacht, der in jener Hinsicht bestehe, unterdrückt werde. Marschall Foch, Marschall Petain und die Mitglieder des obersten Kriegsrates bürdeten dafür, daß die neue militärische Organisation nicht die nationale Sicherheit in Frage stellen könnte.

General Maub Gub erhebt sich bei diesen Worten und ruft in den Saal, die Frage von 100 000 Mann Soldaten mehr oder weniger werde Deutschland nicht in Saach halten. Deutschland habe 1914 die Bevölkerung durch Brandbomben zu terrorisieren versucht. Heute stehe Frankreich in Deutschland, und wenn Deutschland unerlaubte Kriegsmittel anwende, wenn es 10 Gänger in Paris niederbrenne, dann werde man dafür in Frankfurt 100 und 100 in Mainz niederbrönnen. (Lebhafter Beifall.)

Auge um Auge, Zahn um Zahn,

das müsse Deutschland wissen, das sei menschlich, denn es sei das einzige Mittel, einen barbarischen Krieg zu verhindern. Abg. Tardieu erklärte, Deutschland habe 85 Prozent seiner Geschäfte abgeliert und sei nicht mehr gefährlich. Die Kammer dürfe Deutschland nicht den Einbruch geben, als zweifelte sie an den Mitteln, über die Frankreich verfüge.

Gleitsch ergriff Ministerpräsident Laguesse das Wort, um die Militärgesetze zu verteidigen. Er stellt fest, daß der abgegangene Kriegsminister sie angenommen habe.

Deutschland habe Hintergedanken, es führe die Vertragsbestimmungen nicht lokal aus. Der Ministerpräsident bewies das durch eine Statistik über die zerstörten und abgelierten Waffen. Frankreich müsse sich später alle Nachforschungen des Völkerbundes gefallen lassen, das habe Tardieu mit Recht betont. Frankreich müsse stark genug sein, um die Ausführungen des Friedensvertrages, wenn nötig zu erzwingen und um jeden Angriffsvorwurf niederzuschlagen. Frankreich müsse die Brückenköpfe am Rhein in 15 Jahren aufgeben, aber nur, wenn der Vertrag von Versailles erfüllt sei.

Dier rief Andre Tardieu dazwischen, daß, da der französisch-englische Schutzvertrag auf Grund des letzten Absatzes des Artikels 429 nicht habe in Kraft treten können, die Befestigung des linken Rheinuferes nicht geistlich begrenzt sei. (Lebhafter Beifall auf allen Bänken.)

Laguesse sagte nach Meldung der Habasagentur: Sie sehen, welche Mittel wir zur Verfügung haben!

Die Kammer nahm schließlich den Artikel 1 des Gesetzentwurfs über die Bewilligung von zwei provisorischen Zwölfteln des Budgets des kommenden Jahres mit 511 gegen 64 Stimmen an.

Von der Eisenbahnerbewegung

Berlin, 28. Dez. Aus dem Reichsverkehrsministerium hört der „Lokalanzeiger“: Der Erlass des Reichsverkehrsministeriums ist nur als Verwaltungsmaßregel der Eisenbahndirektionen aufzufassen, um die von gewissen Kreisen betriebenen Streikvorbereitungen zu unterbinden, mit denen bewußt die große Mehrheit der Beamten für stabile Pläne gewonnen werden sollen. Das Reichsverkehrsministerium denkt gar nicht daran, durch diesen Erlass die Koalitionsfreiheit der Beamten einzuschränken.

Berlin, 28. Dez. In der Eisenbahnerbewegung rechnet man nach der Zentrumsparlamentarischen Korrespondenz damit, daß es am Mittwoch oder Donnerstag zu Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien kommen wird. Trotzdem von den Organisationsvereinigungen eine sofortige Entschleunigung der Regierung gefordert wird, ist doch zum mindesten mit einer Aktion kaum zu rechnen.

Hamburg, 28. Dez. Eine Versammlung der Funktionäre der Ortsgruppe Groß-Hamburg des deutschen Eisenbahnerverbandes forderte den Hauptvorstand auf, bei weiterer Ablehnung der Regierung den härtesten Kampf aufzunehmen. Es herrscht ununterbrechbar unter wesentlichen Teilen der Groß-Hamburger Eisenbahner die feste Meinung, den Streit zu beginnen, ohne die Aufforderung von Berlin zu erwarten.

Aus der deutschen Beamtenbewegung

Berlin, 28. Dez. Die Reichsfinanzverwaltung hat Anordnung getroffen, daß die nächste Gehaltszahlung an die Beamten nicht zu Anfang Februar, sondern bereits vom 20. Januar ab erfolgt, damit nicht mehr als ein Monat seit der vor Weihnachten erfolgten Zahlung des Januargehalts verstrichen ist. Wegen der von den Organisationsvereinigungen der Reichsbeamten und Reichsarbeiter gestellten neuen Forderungen soll unverzüglich nach Neujahr im Reichsfinanzministerium vor Eintritt in Verhandlungen eine Aussprache über die Gesamtsituation mit Vertretern der beteiligten Kreise stattfinden. Schon verbreitete Nachrichten über angebliche Beschlüsse der Staatssekretäre der Reichsministerien entbehren der Begründung.

Berlin, 28. Dez. Letzte Nachmittags sollte der Sachverständigenrat der Eisenbahnerverbände zusammenzutreten, um die Besoldungsfrage der Eisenbahner noch einmal zu besprechen und weitere Schritte zur Durchsetzung der Beamtenforderungen zu beschließen. Vormittags fanden die Staatssekretäre und die Minister in einer Besprechung über die Besoldungsfrage den Beschluß, die Vorauszahlung der Gehälter zu einer ständigen Einrichtung zu machen, oder wenn formelle Gründe da-

gegen vorliegen sollten, die Auszahlung, die am 15. Dezember erfolgte, als eine Weihnachtsgrosszahlung zu statuieren. In jedem Falle sei die Regierung bereit, den Beamten in irgend einer Form Zugeständnisse zu machen.

Berlin, 28. Dez. Nachdem ein Uterauslaß des Sachverständigenrats der Reichseisenbahnen kürzlich der Reichsregierung erhebliche Tarifierhöhungen im Güter- und Personenverkehr zur Deckung des Defizits des Reichseisenbahnbetriebs vorgeschlagen hat, sind jetzt die Vorarbeiten für die Aufstellung neuer Tarife begonnen worden. Sie sehen, wie die „Börsliche Zeitung“ mittelt, eine erhebliche Steigerung der Gütertarife und eine mäßige Steigerung der Personentarife vor. Vor dem Frühjahr ist mit dem Inkrafttreten neuer Tarife jedoch nicht zu rechnen.

Berlin, 28. Dez. (Privat.) In den Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Beamtenbund wurde eine Blättermeldung zufolge beschossen, die Forderungen und Wünsche der Eisenbahner dem Reichsamtpräsidenten zu überweisen, in dem Vertreter der verschiedenen Organisationsvereinigungen. Der Austausch wird am 3. und 4. Januar in Berlin alle die Eisenbahner amten angehenden Fragen erörtern. Die Forderungen der Eisenbahner werden weiter durch Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium erledigt werden.

Vom französischen Sozialistenkongress

Tours, 28. Dez. In der gestrigen Nachmittagsitzung des sozialistischen Parteitagess sprach der Deputierte Blum für die rechtsstehenden Sozialisten. Er erklärte, jetzt müsse man frei belassen, ob man die dritte Internationale annehmen wolle oder nicht. Man solle, bevor man sich trenne, sich das Wort geben, in Zukunft sich nicht wie Feinde zu behandeln, sondern wie Freunde, die zwar augenblicklich voneinander getrennt seien, die aber vielleicht eines Tages wieder ein gemeinsames Heim miteinander gründen können. Nach Blum sprach Kappoport für den Anschluß an Moskau.

Silbernde der österreichischen Staatsangestellten an die Entente

Wien, 28. Dez. Wie die Kor. Perzsa meldet, hat der Zentralverband der österreichischen Staatsangestelltenvereinigungen in seiner Sitzung vom 27. Dezember einstimmig beschlossen, mit Rücksicht auf die bis jetzt aus Österreich geflossene Willkür der Staatsangestellten und insbesondere auf die geradezu verheerende Wirkung der in der letzten Zeit in Österreich hereingebrochenen Steuererhöhung an die österreichische Sektion der Reparationskommission mit der dringenden Forderung heranzutreten, hier raschestens besitz einzugreifen. In den Öri rden wird u. a. auf die schlechte finanzielle Lage des Staates hingewiesen, wobei betont wird, daß dem Hunger der Staatsangestellten tatsächlich leere Kassen gegenüberstehen und daß die Gefahr bestehe, daß die Verwaltung des Staates ohne Verschulden der Angestellten demnächst zusammenbrechen muß, was gleichbedeutend mit dem Ende dieses Staates sein müßte. Die Staatsangestellten Österreichs wollen durch diesen nicht gemöhnlichen Schritt die alliierten Mächte darauf aufmerksam machen, welche Gefahr nicht nur Österreich, sondern bei dessen Zusammenbrechen auch den übrigen Staaten droht, und hoffen von der Einsicht der Vertreter der Ententemächte raschste Abhilfe.

Ein Wort Erzbergers zur Lage

Dem Organ der Christlichsozialen Partei, „Das Neue Volk“, schreibt Erzberger:

„Soeben lese ich die Notiz in ihrem Blatte über meinen kürzlichen Aufenthalt in München usw. Alle diese Behauptungen sind ein frecher Schwindel; seit mehr als sechs Monaten war ich nicht in München. Das Ministerium habe versucht, ich nicht zu tätigen; seine Klumpfußpolitik in der Entwaffnungsfrage läßt es selber, recht wahrscheinlich auch das ganze deutsche Volk in schweres Unglück. Wie viele diplomatischen Niederlagen hat sich unsere Regierung schon in dieser Frage geföh und wird sich noch holen, bis sie nachgibt oder das Niederbiet verliert. Nach der Rückkehr in den Reichsdienst habe ich mich nicht, da ich kein Geis bin. Jetzt haben andere Männer wirklich Gelegenheit, zu zeigen, daß sie es besser machen können, ich habe nichts davon bemerkt, wohl aber Verstimmerung mangels Entschlußkraft und eines bestimmten Programms.“

Regiens Krankheit

Genosse Regien litt seit einigen Monaten an einem schweren Magenleiden, das sich besonders während seiner Anwesenheit in Genf bei den Beratungen mit dem Internationalen Arbeitsamt bemerkbar machte. Nach seiner Rückkehr ließ er sich ärztlich untersuchen, konnte sich aber der für notwendig erklärten längeren Beobachtung nicht unterziehen, da er alsbald wieder nach Amsterdam verreisen mußte, um an den Besprechungen des Internationalen Gewerkschaftsvorstandes teilzunehmen. Ihnen schloß sich dann der Londoner Kongress an. Nach abermaliger Rückkehr ergab sich eine schwere Verschlimmerung, es wurde eine Operation im Magen festgesetzt, die eine sofortige Operation notwendig machte. Genosse Regien wurde in die Privatklinik von Dr. Unger in der Dorfstrasse übergeführt und von Dr. Girschmann zweimal operiert, zum zweitenmal am letzten Donnerstag. Leider konnte der ärztliche Eingriff das weitvorgegeschrittenen Leiden nicht mehr zum Stillstand bringen.

Der Theaterkrieg in Fiume

11. Nov. 28. Dez. Fiume ist bereits auf das engste umzingelt. Die Regierungstruppen stehen bereits in den Häuserhöfen und werden von der Bevölkerung als Befreier begrüßt. d'Annunzio ließ alle Straßen sprengen. Das Gaswert wurde von Regierungstruppen besetzt.

„Popolo d'Italia“ meldet: Cavaglia drang in Fiume ein. Der Regierungspalast ist von italienischen Truppen umgeben. d'Annunzios Schicksal ist unbelannt.

Ungarn, 28. Dez. Nach den letzten aus Fiume ingewichen eingetroffenen Nachrichten wurden zwei Regimenter der Bevölkerung gegen d'Annunzio von den Freischärlern kurz unterdrückt. Der neulich zu d'Annunzio desertierte Torpedojäger „Eidora“ verbrannt.

Der Kampf um Oberschlesien

In Erfüllung des Staatsvertrages von Versailles hat das obereschlesische Volk in freier Abstimmung zu entscheiden, ob das Land dem Deutschen Reich oder der polnischen Republik angegliedert werde. Ursprünglich gelang es Clemenceau, der dämonischen Gestalt, in der sich der Anbegriff des heutigeren französischen Imperialismus und des französischen Hasses gegen Deutschland verkörpert, die bedingungslose Kostrennung Oberschlesiens vom Deutschen Reich zu erwirken. Den eindrucksvollen Gegenvorstellungen der deutschen Friedensdelegation ist es zu danken, daß das „Selbstbestimmungsrecht“ der Nation dieses Gebietes schließlich Anerkennung fand. In den ersten Wochen des Januar findet das Plebiszit statt.

In dem Kampf um Oberschlesien entscheidet sich nicht zum geringsten Teil das Schicksal des deutschen Volkes. Die obereschlesische Kohlen- und Eraindustrie ist ein tragender Pfeiler der deutschen Volkswirtschaft, der deutschen Arbeit, des deutschen sozialen Lebens. Nicht weniger als einundvierzig Prozent der Kohle, die der deutschen Volkswirtschaft nach dem Abkommen von Spa noch zur Verfügung stehen, erzeugt Oberschlesien. Weit mehr als ein Drittel der deutschen Industrie wird von der Kraft, die aus den obereschlesischen Kohlengruben strömt, bewegt. Gelant Oberschlesien in den Besitz Polens, dann verliert Deutschland das Recht, über die obereschlesischen Kohlen nach eigenem Ermessen und nach den eigenen Bedürfnissen zu verfügen, dann verfiert diese ungeheure Kraftquelle. Die durch den allgemeinen Kohlenmangel, durch den Verlust des Saarbeckens und der Reviere in der Palz ohnehin sehr gedrosselte deutsche Industrie würde durch den Verlust der obereschlesischen Kohlenbeckens einfach tödlich getroffen. Die ungeheure Volksvermehrung der deutschen Nation in den letzten Jahrzehnten, die gewaltige Zusammenballung der arbeitenden Massen in den deutschen Städten erwuchs aus der mächtigen Entwicklung der deutschen Industrie, die es ermöglichte, die notwendigen riesenhaften Nahrungsmittelnimporte mit Industrieerzeugnissen zu bezahlen. Das Dasein des schätzbarmillionenstarken deutschen Volkes, insbesondere aber Leben und Gedeihen des zwanzigmillionenstarken deutschen Fabrikproletariats gründet sich auf die Produktionskraft der deutschen Industrie. Die Lebensfrage, schlechtweg die Grundlage der Industrie ist aber die Kohle. Vor dem Kriege verfügte die deutsche Volkswirtschaft über 191 Mill. Tonnen; nunmehr stehen ihr aber nur noch 79 Millionen Tonnen zur Verfügung; 33 Millionen Tonnen davon liefert aber Oberschlesien. Werden der deutschen Industrie noch die obereschlesischen Kohlenbecken entziffen, dann ist sie unrettbar verloren. Deutschland verliert seinen Rang als erster europäischer Industriestaat. Es ist dann für alle Zukunft außerstande, seine riesenhafte Arbeiterbevölkerung zu beschäftigen und zu ernähren. Ungeheure Arbeitslosigkeit, unermessliches Elend, Hungersnöte von unerhörtem Entsehen, die dieser Wirtschaftskrise nachfolgen werden, müßten mit Notwendigkeit ein soziales Chaos von beispielloser Größe und Grausamkeit erzeugen. „Denn Menschen“, schreibt sehr einrichtsvoll Keynes in seinem Buche über die Folgen des Friedensvertrages, „sterben nicht so gehoramt auf das Gebot eines Papieres.“ Das Todesringen des deutschen Volkes würde aber den erickühtenden Prozeß der Selbstzerstückelung des europäischen Kontinents maßlos steigern. Bleibt Deutschland „das zerickühterte Herz Europas“, dann ist der Untergang der abendländischen Kultur unentrichtbares Schicksal des Menschengeschlechts.

Mit großer Erbitterung kämpft der polnische Imperialismus um Oberschlesien. Er findet nachdrückliche Unterstützung durch den französischen Imperialismus, dessen Basfall „Gendarm im Osten“ er ist. Frankreichs auswärtige Politik wird grundlegend von dem Gedanken beherrscht, Deutschland bis zur völligen dauernden Ohnmacht zu schwächen. Je kleiner Deutschland, je schwächer seine Volkskraft, je trostloser seine wirtschaftlichen Auftriebsmöglichkeiten, desto überragender die Stellung Frankreichs auf dem Kontinent, desto geringer die Gefahr der deutschen Revanche, die in den Herzen der französischen Machtpolitiker tiefinnerlich lebendig ist. Clemenceaus Wünsche, deren Erbe die französischen Imperialisten noch immer sorgsam hegen, war daher seit je die Abspaltung der großen westlichen und die Losreißung der mächtigen östlichen Energiequelle der deutschen Volkskraft: die Befestigung des Ruhrgebietes und die Preisgabe Oberschlesiens an Polen. Beide Pläne haben bismun den Widerstand Englands gefunden, das, in der richtigen Erkenntnis, daß ein todesreiches Deutschland auch eine schwere Schädigung des britischen Handels bedeutet, eine völlige Zerstörung Deutschlands nicht fördern wollte. Daher verweigerte England die Zustimmung zum Einmarsch in das Ruhrgebiet und erzwang schließlich das Plebiszit für Oberschlesien. Es konnte oder versuchte nicht den Nachspannungen des polnischen und französischen Imperialismus, die eine gewalttätige Lösung der obereschlesischen Frage bezwecken, entgegenzuwirken. Zweimal, im August 1919 und im August 1920, haben die polnischen Imperialisten nationale Aufstände in diesen Gebieten entfesselt mit der Absicht, vollendete Tatsachen zu schaffen. Da sie mißglückt sind, wendet sich ihre Kraft der terroristischen Niederhaltung aller Voleneqner in vollster Wacht zu, um das

Seite 6
uch & C
vaster
rschrift
50.-
27.-
vargwäld
maffer
60.-
32.-
Kirch
75.-
10.-
ngen-
er
55.-
30.-
mer-
ngen-
er
60.-
er
brond
(mak)
55.-
30.-
Aratt
65.-
37.-
rand-
hmitt
50.-
35.-
re:
mel
ß
ropfen
rminz
motte
35.-
20.-
öre
sthy &
vovotica
u 31554
keiten
mltzen
und Herzen
nall bei Jons
ntroller
langen
Wiegleschen.
I, Stetin.
lebern
sagt höchste
und 631
y. Kaiser,
age 14.

Badische Politik

Die Steuerzuschüsse zur Veranlagung der Steuer aus Einkommen und Vermögen

Das Landesfinanzamt Karlsruhe hat die Vorarbeiten zur Bildung der Zuschüsse für die Veranlagung der Reichsteuern vom Vermögen und Einkommen nach den Vorschriften der Reichsabgabenordnung soweit fertiggestellt, daß nunmehr die Wahlen der Mitglieder und Vertreter der zu bildenden Steuer- u. Sonderzuschüsse vorgenommen werden können. In einem den beteiligten Behörden mitgeteilten Merkblatt hat das Landesfinanzamt aus der Reichsabgabenordnung des Reichsministers der Finanzen zur Bildung der Zuschüsse die zu beachtenden Vorschriften nebst den von ihm selbst erlassenen Weisungen zusammengestellt. Hiernach ist jeder künftige Finanzamtsbezirk (Veranlagungsbezirk) nach seiner Größe, Lage und wirtschaftlichen Bedeutung in eine Anzahl Steuerbezirke geteilt. Für jeden Steuerbezirk, der in der Regel 3000 bis 15000 Einwohner umfaßt, wird ein Steuerzuschuß gebildet. Daneben werden noch Sonderzuschüsse für mehrere Steuerbezirke gebildet. Jeder Zuschuß besteht aus einem Vorsitzenden (Finanzamtsvorstand oder dessen Stellvertreter) und mindestens 4, höchstens 8 gewählten Mitgliedern, zu denen vom Landesfinanzamt Mitglieder bis zur Hälfte der Gewählten ernannt werden können. Für jedes Mitglied ist ein Vertreter zu wählen oder zu ernennen. Sowohl die gewählten als auch die ernannten Mitglieder können gleichzeitig mehreren Zuschüssen angehören. Die Amtszeit endet erstmals am 30. Juni 1923. Die Ausschusmitglieder und ihre Vertreter werden jeweils in einem besonderen Wahlgang für jeden Steuerbezirk gewählt, und zwar:

- a) wenn eine Gemeinde allein einen oder mehrere Steuerbezirke umfaßt, vom Bürgerausschuß,
- b) sonst vom Bezirksrat.

Die Wahl erfolgt mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Wählbar sind Deutsche (auch weibliche Personen), die mehr als 25 Jahre alt sind, mindestens seit einem Jahr im Finanzamtsbezirk wohnen und diese Steuern zahlen. Das Amt der Ausschusmitglieder ist ein Ehrenamt, jedoch wird eine Entschädigung für Aufwand und Zeitaufwand gewährt. Alle Vermögens-, Vermögens- und Einkommensgruppen sollen nach Möglichkeit in den Ausschüssen verhältnismäßig vertreten sein und zur Geltung kommen. Das Landesfinanzamt hat allen beteiligten Stellen die Berücksichtigung aller Verhältnisse des Bezirks und die möglichst weitestgehende Berücksichtigung der Wünsche der Bürger zu empfehlen. Die Ausschüsse sind verpflichtet, die Wahlvorgänge nach den Vorschriften, die nach dem Gerichtsverfassungsgesetz für Schöffen gelten.

Gemeindepolitik

Bürgerausschüsse in Aue bei Durlach

1. Aue bei Durlach, 25. Dez. Am Donnerstag, 23. Dez., fand eine Bürgerausschüsse mit folgender Tagesordnung statt: 1. Genehmigung eines Vertrages zur Ausbeute von Waldgelande zur Sand- und Kiesgewinnung im Gewann Kiltfeld. 2. Bewilligung eines Nachtrags zum Schulhausbau. 3. Bewilligung eines Beitrags an das Mieteinigungsamt Durlach-Land. 4. Verfündigung der Gemeindevorstand für das Jahr 1919 einschließlich bis März 1920. Der 1. Punkt der Tagesordnung fand dahingehend seine Erledigung, daß die Ausbeute dem Herrn Karl J. O. alt und dessen Söhne übertragen wurde, als einzigen Interessenten hiezu, und zwar den Quadratmeter zu 8 M. Die Ausbeutefläche beträgt 2000 Quadratmeter. Der zweite Punkt nahm etwas längere Zeit zu seiner Erledigung in Anspruch. Man mußte nachdrücklich zu hören, daß der Schulhausbau einen Aufwand von 114 072,33 M. verursachte. Die Schuld hieran liegt aber nicht an der Ortsbehörde, sondern auf ganz anderer Seite. Der Aufbau ist längst fertig und demnach, die Genehmigung zum Aufbau ist aber bis heute noch nicht da. Die obere Schulbehörde verlangt mehrere Gutachten von hochbau-technischer Seite aus und dabei ist die Genehmigung verweigert worden und die Gemeinde hat jetzt das Verlangen, die Kosten für die Karlsruher Schulverschönerung zu tragen. Der Nachtragskredit beträgt rund 64 000 M., er wurde einstimmig genehmigt. Der Punkt 3 machte die bürgerliche Seite große Anstrengungen. Die Vorlage zu Fall zu bringen. Für Erledigung des Mieteinigungsamtes Durlach-Land wurde in der Vorlage der Betrag von 668 M. gefordert, den die Gemeinde Aue ihrer Kopfzahl entsprechend zu entrichten hätte. Der „Demokrat“ Friedrich Wagner fühlte sich veranlaßt, gegen diese Vorlage zu sprechen; nach seiner Ansicht würden die Mieteinigungsämter ihren Zweck doch nicht erfüllen; man möge in der Gemeinde eine paritätische Kommission einsetzen, die die Mietangelegenheiten

zu schlichten hätte. Seine Fraktion würde diese Vorlage ablehnen. Unser Gen. Linz befürwortete die Vorlage, er zeigte an Hand praktischer Beispiele, daß die Mieteinigungsämter soziale Einrichtungen sind, und daß alle Streitigkeiten in Mietangelegenheiten, wenn die örtliche Kommission mit den Parteien keine Einigkeit finden kann, dort geregelt werden sollen, weil der Schiedspruch dann endgültig ist. Bürgermeister Klenert erklärte dann nochmals die Vorlage. Gemeinderat Genosse Dahn verteilte unsern Standpunkt, ebenso Gemeinderat Gen. Illmer, der wünschte, man möge die örtliche Kommission aus 3 Vermietern und 3 Mietern zusammensetzen mit dem Bürgermeister als Vorsitzenden. Die Demokraten Gust. Klenert und Friedr. Waber erklärten schließlich, sie seien bereit für die Vorlage zu stimmen, wenn der verlierende Teil die Kosten bezahle müsse. Gen. Dahn stellte den Antrag, daß das Mieteinigungsamt keine besondere Sitzungen in Aue selbst abzurufen dürfe, da für derartige Sitzungen keine Entschädigung gezahlt werden würde. In der weiteren Debatte gewannen man den Eindruck, daß die Herren von den Demokraten soweit sie als Mieter in Betracht kommen, ihren fraktionskollegen, die Vermieter sind, nicht zu nahe treten wollten. Über schließlich hatte man doch ein Einsehen, so daß die Vorlage einstimmig angenommen wurde. — Der letzte Punkt, Abhör der Gemeinderatsrechnung, wurde mit Aufmerksamkeit angehört. — Zum Schluß wurde eine neue Wohnungskommission gebildet, bestehend von der bürgerlichen Seite als Vermieter aus Friedrich Waber, Friedrich Weiler, als Mieter-Vertreter Gust. Klenert und Kauter, von sozialdemokratischer Seite als Vermieter die Gen. Schröder und Scheuring, als Mieter die Gen. Linz und Kerschmarz. — Bürgermeister Klenert machte noch auf ein im Dorfe lufzendes Gerücht aufmerksam: Der Bürgermeister und Gemeinderat hätten vom Kommunalverband je ein Weihnachtsgeschenk erhalten. Der Bürgermeister legte gegen derartige Behauptungen entschiedenste Verwahrung ein. Wir empfehlen, einmal ein Beispiel zu statuieren und derartige Verleumdungen am besten zu ignorieren und vor Gericht zu bringen, dann hören derartige Schwärzereien sicher auf.

g. Bergshausen, 26. Dez. Letzten Dienstagabend hatte der hiesige Bürgerausschuß in seiner Sitzung 2 Vorlagen zu erledigen. Der 1. Punkt betraf die Anstellung eines Schuldieners mit einem Gehalt von 5500 M. Die Stelle wurde dem Kriegsbefehlshaber Walter einstimmig übertragen. Der 2. Punkt betraf Genehmigung von 468 M. für das Mieteinigungsamt Durlach-Land. Diese Vorlage wurde nach ausgiebiger Debatte mit 20 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Vor welchem Forum nun die vorliegenden Streitigkeiten zum Austrag gebracht werden sollen, werden wir ja in Zukunft sehen. Ob den hiesigen Vermietern die Mieter mit diesem ablehnenden Standpunkt der Gemeinderatsrechnung gedient ist in Anbetracht der großen Wohnungsnot am hiesigen Orte, darüber wird zur gegebenen Zeit ein ernstes Wort zu reden sein. Man ist auch sehr gespannt, wie weit es der hiesigen Wohnungskommission durch Umschau am hiesigen Orte mit dem Bürgermeister und Bezirksratsmitglied Genosse J. A. Gröbinger gelingen ist, Wohnungen zu beschaffen.

Jugend und Sport

Freundschaftsspiel Turnclub Wolfartsweier I — Turnverein „Bahrfrei“ Gröbinger I 2:3

Zu einem Freundschaftsspiel trafen sich am vergangenen Sonntag in Gröbinger obige Mannschaften. Am 2.45 eröffnete Schiedsrichter Meißner das Spiel der 1. Mannschaften. Wolfartsweier hat Anstoß, verliert den Ball, Gröbinger zieht vors gegnerische Tor und kann schon in der ersten Minute durch den Mittelfürer in Führung gehen. Bald darauf kann Wolfartsweier ausgleichen. Nun ist Gröbinger dauernd im Angriff und hat das Spiel völlig in der Hand, jedoch Linksauser zwei weitere Treffer durch konnte. Kurz vor Halbzeit erzielt Wolfartsweier das zweite Tor. Halbzeit 2:3. Während in der ersten Spielhälfte Gröbinger überlegen spielte, zeigte sich nach Halbzeit das umgekehrte Bild. Wolfartsweier hat schließlich mehr vom Spiel und die Gröbinger Verteidigung bekommt reichlich Arbeit. Doch ist es bis zum Schluß seiner Partie mehr vergeblich, ein Tor zu erzielen, jedoch Gröbinger mit dem Resultat 2:3 als Sieger den Platz verlassen konnte. Der Mannschaft ein Gesamtergebnis, jeder Spieler hat sein Beides dazu beigetragen. Das knappe Resultat beweist jedoch, daß auch Wolfartsweier über ein vorzügliches Spielmaterial verfügt. Das Spiel der 2. Mannschaften konnte Gröbinger ebenfalls mit dem knappen Resultat 1:2 für sich entscheiden; Halbzeit 0:2.

Aue bei Durlach, 27. Dez. Der hiesige Arbeiterturnverein hielt am 1. Weihnachtstag seine Weihnachtsfeier ab, die in schönster harmonischer Weise verlief. Das aufgestellte Programm war sehr reichhaltig und legte Zeugnis ab von all-

dem Können, das von dem Verein in turnerischen und gesanglichen Aufführungen geleistet wurde. Auch kamen die Mitglieder in theatralischer Hinsicht ganz auf ihre Rechnung. Das gebotene Theaterstück „Die Waffeln nieder“ von Verha von Sittner war in jeder Beziehung eine Glangleistung. Die Spielenden gaben sich die größte Mühe, insbesondere zeichnete sich Fr. Greiter aus, die die Hauptrolle übernommen hatte, aber auch die anderen Mitwirkenden stellten ihren Mann und waren ihrer Aufgabe voll und ganz gewachsen. Den Schluß der Feier bildete dann eine komische Aufführung betitelt „Die Welt geht unter“. Die Zuhörer wollten nicht aus dem Saal herauskommen, ebenso auch bei Ausführung der komischen Parodie. Am zweiten Weihnachtstag hielt dann der Verein eine zweite Weihnachtsfeier ab, und zwar für die Kinder der Vereinsmitglieder. Auch diese Veranstaltung muß als gut gelungen bezeichnet werden.

Der Verein selbst kann auf diese Veranstaltung mit Freude und Stolz zurückblicken, hat er doch wieder ein schönes Stück Arbeit geleistet zum Wohle der Arbeiterturner, Sport und Gesangsvereine, sowie für die Arbeiterbewegung selbst. Wünschen wir dem Verein im kommenden Jahre recht viel Glück zum Aufbau der Arbeiterbewegung in Gesang, Turnen und Sport.

Aus der Partei

5. Philippsburg, 26. Dez. Letzten Sonntag fand in Biebsental eine Bezirkskonferenz des Bezirks Philippsburg mit folgender Tagesordnung statt: 1. Gegenwarts- und Zukunftsfragen der Partei. 2. Aussprache über Agitation und Presse. Als Referent war Genosse Trinks aus Karlsruhe erschienen. Genosse Trinks schilderte in kurzen, klaren Worten die gegenwärtige Lage der Partei und zeigte dann in großen Umrissen den Weg, den die Partei in Zukunft zu gehen hat, um den Kampf gegen die Reaktion erfolgreich führen zu können. Gen. Trinks gab schließlich noch wertvolle Fingerzeige hinsichtlich der Agitation für die Partei und die Parteipresse. — Es folgten sodann die Berichte der einzelnen Mitgliederversammlungen über den Stand der Partei im Bezirk. Die Mitteilungen ergaben, daß im großen und ganzen überall der Kampf mit den Gegnern entschieden und mit Kampfesbegeisterung geführt wird. In der darauf folgenden regen Diskussion zeigte sich, daß die Konferenz mit den Ausführungen des Referenten einig war. Als Bezirkssortort wurde Philippsburg gewählt, wo auch am 9. Januar wieder eine Bezirkskonferenz stattfinden soll. In seinem Schlusswort richtete Genosse Trinks an die Parteigenossen den Aufruf, unverzagt den Kampf gegen unsere Gegner von rechts und von links weiter zu führen, denn nur so ist es möglich, den Zielen des Sozialismus näher zu kommen und den Kampf gegen die Reaktion siegreich zu Ende zu führen.

Gerichtszeitung

Ein Beamtenbeleidigungsprozess

—1. Freiburg, 26. Dez. Ein Beleidigungsprozess mit politischem Beigeschmack wurde am vergangenen Freitag in einer 12stündigen Sitzung vor der hiesigen Strafkammer verhandelt. Angeklagt der Beamtenbeleidigung und der Beleidigung war ein Führer der linksstehenden unabhängigen sozialdemokratischen Bürgerausschusmitglieder in Lörrach, Fahrradreparateur Karl Thiergarten. Thiergarten, eine äußerst impulsive Persönlichkeit, war mit dem Amtmann Dr. Maier beim Bezirksamt Lörrach über die Beschlagnahme eines Autos im Konflikt geraten. In einer Eingabe an das Ministerium des Innern nannte Thiergarten den Amtmann einen gemeinen Menschenfeind, den Inhalt der von Dr. Maier über die Beschlagnahme des Kraftwagens verfaßten Akten bezichtigte er als einen noch nie dagewesenen Schwindel. Dem vorübergehend mit dem Amt eines Schöffengerichtsvorsitzenden betrauten Herr Hofmüller warf Thiergarten in einem Brief diffamatorische Beschuldigungen an die Adresse an die Staatsanwaltschaft bezichtigte er einen Beamtenbeleidigungsdiktator brutaler amüßlicher Liebergriffe, außerdem soll er durch Eingaben an das Bürgermeistertum Lörrach sich der Beleidigung schuldig gemacht haben. Zur Verhandlung waren über 30 Zeugen, darunter Amtmann Dr. Maier und die beiden Landtagsabgeordneten Kiehlisch und Kästler geladen. Der Angeklagte mußte vom Vorsitzenden seines hiesigen und überlauten Wesens wegen mehrmals zur Mäßigung ermahnt werden. Thiergarten wurde schließlich der Beamtenbeleidigung in zwei Fällen für schuldig befunden und deshalb zu 2 Wochen Haft und 400 M. Geldstrafe oder weiteren 2 Tagen Haft verurteilt, von den übrigen Anklagepunkten erfolgte Freisprechung. Der Gerichtshof erkannte trotz der Schwere der Beleidigungen nicht auf Gefängnis, weil Thiergarten bei seinem Vorgehen nicht von ehrenrührigen Beweggründen, sondern von unheimlichen Bestrebungen geleitet war, auch berücksichtigte man strafmildernd die Leichtgläubigkeit des Angeklagten, der allen Zuträgereien leichtgläubig Gehör schenkte.

möglichst viel Staub aufwirbelten, unter die Bank schlendern. Das wollte so der „Ton“ der Klasse.

Sei es nun, daß der Ansturm das Wandern nicht bemerkt hatte, sei es, daß er nicht wagte, es mitzumachen, kurz und gut, er hielt seine Mühe noch auf den Anien, nachdem das Gebet gesprochen war. Diese Kopfbedeckung war ein ganz zusammengesetztes Ding, das die Elemente der Welt, des Schals, des runden Fitzhutes, der Otternschleife und der Baumwollkappe in sich vereinigte, kurz ein ganz abscheulicher Gegenstand, dessen Hässlichkeit einen gewissen Ausdruck hatte, wie das Gesicht eines Bösewichters. Sie war eiförmig und wurde durch Fischbeinstangen in der gewöhnlichen Fassung gehalten. Zuhörerschaft bestand sie aus drei übereinanderliegenden Wülsten, kann kamen, durch ein rotes Band bündelnd getrennt, Nuten von schwarzem Samt und Nanninensell, darauf folgte eine Art Saal, der in ein steifes Viereck endete, das mit komplizierten Sontageverzierungen bedeckt war, und aus dessen Mitte eine dünne Schmir mit einer dünnen Quaste aus Goldfäden haumelte. Die Kappe war neu, das Schild vorn spiegelte noch „Stehen Sie einmal auf“, sagte der Lehrer.

Er erhob sich, die Mühe fiel zu Boden. Die ganze Klasse begann zu lachen.

Er hüfte sich, um sie aufzuheben. Ein Nachbar stieß sie mit dem Ellbogen wieder zur Erde; er sah sie zum zweitenmal.

„Machen Sie sich doch endlich von der Mühe los“, sagte der Lehrer, der sich etwas auf seinen Wisz zugute tat.

Darauf brach ein heftiges Gelächter aus, daß der arme Bürsche in die lächerliche Verlegenheit geriet und nicht mehr wußte, ob er die Mühe in der Hand behalten, an die Erde werfen oder aufheben sollte. Schließlich setzte er sich nieder und legte sie auf seine Knie.

„Stehen Sie doch auf“, wiederholte der Lehrer, „und sagen Sie mir Ihren Namen.“

Der „Neue“ flüchelte etwas Unverständliches.

„Nicht einmal.“

Das gleiche Stottern, diesmal schon vom Gejohle der Klasse unterbrochen.

„Lauter!“ schrie der Lehrer, „lauter!“

Der „Neue“ sah nun einen großen Entschluß, öffnete den Mund überweit und schrie aus vollen Kräften, als rufe er jemanden: Charoborah.

Da entstand ein Gelächter, das sich crescendo zum Geheul entwickelte, späte scharfe Stimmen schrien dazwischen, man brüllte, trampelte und wiederholte Charoborah, Charoborah! Dann beruhigte sich das Lachen ein wenig, um auf einer oder der anderen Bank einmal wieder anzuknurren und sich prüfend

und zischend wie eine schlecht gelöste Betade nochmals in einem unterdrückten Lachen Luft zu machen.

Erst als ein Hagel von Strafarbeiten niedergegangen war, stellte sich die Ordnung ein wenig wieder her. Nachdem der Lehrer mit vieler Mühe den Namen Charles Bobary hatte feststellen können, indem er sich diktiert, buchstabieren und vorlesen ließ, beurteilte er den armen Schüler zur Faulenzgerhand nicht am Stabeder. Er wollte sich gerade dorthin begeben, stand auf und starrte doch noch ein wenig.

„Was suchen Sie noch?“ fragte der Lehrer.

„Meine Mü...“ stammelte der „Neue“ schüchtern und sandte ängstliche Blicke umher.

Nur ein weitend geschleudertes „Hunderterte Verse Strafarbeit für die Klasse“ hielt den Ausdruck eines neuen Spektakels auf. „Seien Sie ruhig“, fuhr der Lehrer jäh fort und wachte sich mit seinem Taschentuche, das er aus seinem Barett gezogen, die Stirn. „Und Sie da, Neuer, Sie werden fünfmal ridiculus sum konjugieren.“

Dann fügte er mit sanfterer Stimme hinzu: „Sie werden Ihre Mühe schon wiederfinden, man hat sie Ihnen ja nicht gestohlen.“

Die Ruhe war wiederhergestellt. Die Köpfe beugten sich über ihre Hefte und der „Neue“ beharrte während zweier Stunden in einer exemplarisch müßigen Haltung, obwohl ihm von Zeit zu Zeit eine von einer Federhülle oberschlechte Papierfuge ins Gesicht floß. Er wußte sie mit der Hand ab und blies unbeweglich mit niedergeschlagenen Augen hin.

Am Abend im Lernzimmer zog er ein Paar Heberärmel aus seinem Kall, brachte seine Sachen hübsch in Ordnung und glättete sorgfältig sein Papier. Wir merken, wie gewissenhaft er arbeitete, wie fauer er sich wieder lieb, und wie fleißig er die fehlenden Worte im Diktator aufsuchte. Wahrscheinlich verbankte er es nur seinem guten Willen, daß er nicht in eine niedrigere Klasse versetzt wurde; denn wenn er seine Regeln auch gut kannte, so verfügte er doch nicht über die unerlässliche Geschicklichkeit und Eleganz in den Ausdrucksformen. Er hatte bis jetzt das Lateinische nur mit dem Pfarrer seines Dorfes getrieben, da seine Eltern ihn aus Sparankheitsrücksichten so spät wie möglich auf das Gymnasium geschickt hatten.

Sein Vater, Herr Charles-Denis-Partholomé Bobary, ein ehemaliger Stabsarzt, hatte sich im Jahre 1812 durch seine Beteiligung an Konfessionskriegen im Dienste unmöglich gemacht. Desto angenehmer war es ihm gerade in dieser Zeit, seine persönlichen Vorzüge zur Geltung bringen zu können und sich mit ihnen eine Mittelfürer von sechzigtausend Franken zu erwerben, die sich ihm in der Person der Tochter eines Milbenfabrikanten, die sich in seine äußere Erscheinung verliebt hatte, darbot. Er

spielte geschickt den schönen Mann, renommierte, klapperte mit den Sporen, machte, um den Schmutzrock zu verlängern, Irklischen beim Wadenbart, irug die Finger voller Ringe, klebte sich in schreiende Farben — kurz, er brachte den Eindruck des schneidigen Militärs mit der Weltgewandtheit eines Geschäftstreibenden zum Ausdruck. Nachdem er sich verheiratet hatte, lebte er zwei, drei Jahre von dem Vermögen seiner Frau, spielte gut, rauchte den ganzen Tag aus schönen Porzellanpfeifen, ging jeden Abend ins Theater und sah Tag für Tag im Stoffhaus. Als sein Schwiegervater starb, stellte sich heraus, daß er nur eine unbedeutende Erbschaft hinterlassen hatte. Er war darüber sehr wütend und verlegte sich auf die Fabrikation, setzte aber nur Geld dabei zu und zog sich aufs Land zurück, in der Hoffnung, sich dort zur Geltung zu bringen. Da er aber ebenbürtig von der Landwirtschaft verstand wie von der Herstellung von Kuffelinen und Kattunstoffen, und da er lieber auf seinen Pferden ritt als sie aufs Feld zur Arbeit zu schicken, da er lieber seinen Apfelwein in Flaschen trank statt ihn in Fässchen zum Verkauf zu bringen, da er das schönste Geflügel seines Hofes selbst verzehrte und seine Jagdgesellschaft mit dem Fett der eigenen Schweine eintrieb, sah er bald ein, daß er doch wohl nicht glücklich war, es auf diese Weise zu etwas zu bringen.

(Fortsetzung folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

Die Aufführung des „Parfital“ am ersten Weihnachtstag ging trotz mancher Mängel nicht ohne Eindruck vorüber; das gehört zu ihrer Würdigung betont. Parfital gab zwar merkwürdige Antworten, Klinglor stand unter starkem Zauberspruch des Dirigentenstabes, Kunder mußte zuerst durch eine himmlische Besserung föhreten, um dann im zweiten Akt zu glänzen, der Chor aber und das Orchester machten ihre Sache wieder ganz hervorragend gut und zeigte, daß sie die Säulen unserer Oper darstellen. Das zu schäben und einzusehen, war hier wieder beste Gelegenheit und die Förderung schließt sich daran, diesen Körperlichkeiten einen besonderen Schutz zu gewähren. Und daneben muß des wunderbar tief gefahnten Amfortas noch gedacht werden, dessen Vertreter ja durch ein nach dem „Troubadour“ der vorigen Woche gesichertes Engagement eines Freiburger Künstlers das rechte Gegenstück gefunden hat. Die Zeiten scheinen sich in der Aenderung zu bessern. Das sei zwar nicht als Eindruck dieser Vorstellung festgehalten, aber als Ergebnis einer Gesamturteilung gefaßt. Möge es recht behalten.

Karlsruher Voranschlags-Beratungen

Einstimmige Annahme des Voranschlags

Ende gut - nicht alles gut!

Karlsruhe, 28. Dezember 1920.

Man kann diesmal zum nunmehrigen Abschluß der vierjährigen Voranschlagsberatungen nicht sagen, daß das bekannte Sprichwort, daß Ende gut, Alles gut sei, seine Richtigkeit hat. Im Gegenteil, diesmal hieß es: Alles gut bis auf das Ende. Der letzte Tag war ein Großkampftag erster Ordnung - aber ohne Sieger! Vom Voranschlag waren noch einige wichtige Titel zu erledigen, so vor allem die Schule, wobei unser Genosse Beck die Forderungen unserer Partei betrat, und der Titel Kunst, Wissenschaft, Volksbildung, worunter auch der Beitrag zur Unterhaltung des Landestheaters fällt, wobei Gen. Winter in eingehender Weise die Verhältnisse am Landestheater besprach und den Antrag der sozialdem. Fraktion auf Zurücknahme der ausgesprochenen Kündigungen und Prüfung der Frage des Abbaues nach anderer Richtung hin begründete. Der Antrag fand insofern seine Erledigung, als der Oberbürgermeister zusagte, daß der Verwaltungsrat all die angeschnittenen Fragen eingehend prüfen werde, und auch die Kündigungen nur unter Mitwirkung der Personalvertretung erfolgen sollen. Kommt nun noch ein tüchtiger Intendant, der nicht nur Künstler, sondern vor allem auch ein guter Verwaltungs- und auch Geschäftsmann ist, dann ist zu hoffen, daß das Landestheater die gegenwärtige Krise überwinden und zu alter Blüte sich entwickeln wird.

War so die Durchbesprechung der einzelnen Positionen des Voranschlags ohne größere Reibungen vor sich gegangen - die Bürgerlichen übten allerdings eine außerordentliche Zurückhaltung, über kleinliche Kritikwünsche hob sich bei ihnen die Debatte selten hinaus - so kam es dann aber bei der großen Frage, wer die Gehälter zahlen soll, zu einer gewaltigen Reibekampftage. Da stehen die Geister hart aufeinander, es gab Unterbrechungen und Fraktions- und Stadtratsitzungen mitten in der Debatte. Es handelte sich um die Frage der Heranziehung des von der Reichseinkommensteuer freigelassenen Einkommens zur Gemeindesteuer. Die Bestimmung, daß die Gemeinden diesen Anteil, das sogenannte Existenzminimum, man kann besser sagen, Verzehrungsminimum, besteuern dürfen, steht ja allerdings der famosen Steuergesetzgebung des Reiches die Krone auf. Der soziale Zweck, der mit der Freilassung dieser untersten Einkommengrenze erreicht werden sollte, wurde dadurch wieder vollständig beseitigt. Die Städte machen natürlich im ganzen Reich von dieser Möglichkeit der Besteuerung des Existenzminimums ausgiebigsten Gebrauch. Unsere Partei hat dabei einen schweren Stand. Den Grundsatz, Millionen zu fordern, um die Deckungsfrage aber sich nicht zu kümmern, überläßt sie den Kommunisten. Sie hat aber die Aufgabe, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die schwachen Schultern geschont werden. Dieser Aufgabe glaubte die sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion dadurch gerecht zu werden, daß sie als auch von der Gemeindesteuer freibleibendes Existenzminimum für Ledige den Betrag von 12 000 M., gegenüber 8000 M., wie der Stadtrat vorzuschlag, und für Verheiratete den Betrag von 19 000 M. festgelegt wissen wollte, gegen 17 000 M. des Vorschlags des Stadtrats. Um diesen Antrag der Sozialdemokratie entspann sich ein heftiger Kampf; die Bürgerlichen schickten ihre Stadträte ins Gefecht, das Zentrum seinen lautesten Sprecher, Herrn Kuhn, der die reinste Sturmbeschwörung vom Stapel ließ, ja er stieß sogar die fürchterliche Drohung der Kündigungen der Koalition aus, er betätigte sich als Schulmeister, als Geistesbeschwörer, als alles mögliche - und all dies aus der Angst heraus, die Sozialdemokratie könne in der Wählerchaft einen Vorprung gewinnen, wenn ihr Antrag durchginge und das Zentrum nicht hätte mitmachen können. Unser Gen. Prull präziserte in scharfer Weise den Standpunkt der Sozialdemokratie, an dem auch nicht zu deuteln und zu rütteln war. Allerdings, die eine Frage blieb dabei immer offen: wie soll jetzt, in diesem Augenblicke, auf anderem Wege die Deckung des Bestehendes geschehen? Und diese Ermüdung vor allem beruhte schließlich unsere Fraktion, ihre Forderung von 19 000 auf 18 000 M. bei Verheirateten herabzusetzen und für Ledige die Heranziehung des Betrages von 8000-12 000 M. nur zur Hälfte. Beicht fiel unseren Genossen der Entschluß nicht, aber sie stimmten schließlich diesem Kompromiß zu, einmal, weil feststeht, daß besonders bei dem Betrage von 18 000 M. immer noch der über-übergroße Teil der Arbeiterschaft und Beamten von der Steuer verschont bleibt, und dann auch, weil bei Annahme unseres weitergehenden Antrages die Gefahr bestand, daß das Liegenheitsvermögen zum Ausgleich im vollen Betrage herangezogen werden wird - eine Maßnahme, die die ärmere Bevölkerung wieder durch erneute Forderungen der Hausbesitzer hätte hüben müssen. Der Erfolg bleibt dennoch unserer Fraktion, sie hat für die arbeitende Bevölkerung herausgeholt, was herauszuholen war.

Es war 9 Uhr vorbei, als endlich der Oberbürgermeister die einstimmige Annahme des städtischen Voranschlags verkünden konnte. Herr Prull wollte dies zwar nicht wahr haben, aber es nützte nichts, er blieb bei der Abstimmung „ohne Zeichen“; wie er und seine Freunde während der ganzen Beratung „ohne Zeichen“ geblieben waren. Unsere Fraktion hatte die Arbeit - Kräfte und Genossen phantazieren und lehnen ab, die gemohnte Arbeitsteilung. Dafür sind wir auch die Verdächtigten, und jene die allein echten, wahren und wirklichen Sozialisten. Denkenden Arbeitern, die den Verlauf dieser Voranschlagsberatungen verfolgt haben, wird nicht schwer fallen, festzustellen, wer die Interessen der Arbeiterschaft wirklich und auch erfolgreich vertreten hat. Kräfte und Konjunkten sicher nicht!

Verhandlungsbericht

Oberbürgermeister Dr. Finter eröffnete kurz nach 4 Uhr die Sitzung. Anwesend sind 86 Mitglieder.

Zum Aufbruch kommt zuerst der Titel Öffentliche Gesundheitspflege, wobei energisches Einschreiten gegen die Anstifte des Teppichkopfs gegen die Straßen verlangt wird.

Eine große Debatte entsteht bei Position Schulen. Stadtb. Widmann (Str.) verlangt weitgehende Unterstützung des Sports durch Anlegung von Sportplätzen.

Stadtb. Gen. Beck bedauert, daß nicht eine größere Summe für die Schulen verwendet werden kann, denn es ist das bestmögliche Kapital. Mit dem Plane des Finanzministers Köhler sind wir nicht einverstanden, denn der Staat darf nicht weniger wie bisher für die Schulen ausgeben. Unsere Schulen sind nicht schlecht, aber reformbedürftig. Wir verlangen mehr Beachtung für die Arbeitsschulen. Der Geist, der in der

Schule herrscht, ist immer noch der Abfall des alten Staates, der Geist des neuen Staates hat die Lehrerschaft zum größten Teil noch nicht ergriffen, sie sind nicht alle Republikaner. Dies beweist auch die „Gedächtnisrede“ des Prof. König auf dem Karlsruher Friedhof. Der Lehrstoff in den Schulen muß geändert werden, er ist immer noch dem monarchischen Staat angepaßt. Eine Kommission ist zu bilden, welche die Aufgabe hat, die Schulbibliotheken zu untersuchen, denn dort wimmel, es noch von monarchischen Büchern. Der so oft beklagte Lehrermangel besteht in Wirklichkeit nicht. Für die Gewerbeschule wünschen wir eine selbständige Verwaltung. Das Organisationsstatut für letztere ist reformbedürftig, ebenso das Oberlehrerstatut. Auch für die Volksschulen wünschen wir Elternräte, denn auch an den Volksschulen müssen die Eltern der Schüler mitreden dürfen. Bezüglich des Schulrates vermissen wir das gute Zusammenarbeiten des Schulrates mit den hiesigen Vereinen. Die Volksschulen sollten ebenfalls der Fürsorge des Schulrates unterstellt werden. Die Mittel der Stadt für die Volkshochschulfrage sind zu gering. Eine dringende Aufgabe der Stadt muß es sein, den Jugendorganisationen für ihre Veranstaltungen Lokale zur Verfügung zu stellen, damit sie nicht auf die Wirtschaften angewiesen sind. Wir brauchen ein Geschäft, das für höhere Ziele als Sandtrapatzenwerfen und militärische Spielereien ertragen werden muß.

Stadtb. Vashang (Dem.) kritisiert ebenfalls den Plan des Finanzministers Köhler, denn bei Verwirklichung desselben wird die Schule darunter leiden. Wir brauchen nicht nur Qualitätsware, sondern auch Quantitätsware. Unter Patriotismus verstehen wir die Liebe zur Heimat und zum Volk und diesen Patriotismus sollten die Lehrer in die Herzen der Schüler einpflanzen. - Stadtb. Nieß (U.S.P.) ist mit der heutigen Schule nicht zufrieden. Der Grundsatz „freie Bahn dem Tüchtigen“ darf nicht nur auf dem Papier stehen, nur wenigen aus den Kreisen der Arbeiterschaft ist der Besuch der Hochschulen möglich. Die Lehrerschaft sollte sich mehr den sozialistischen Ideen hingeben. Auch der letzte Rest des Schulgeldes sollte verschwinden. - Stadtb. Deinetmann (D.M.) verlangt gegenüber der Forderung des Gen. Beck zur republikanischen Erziehung, daß die Lehrer nicht einseitig wirken. - Stadtb. Frau Müller (Str.) fordert Reduktion der Seelenstrafe in der Schule. Gott sei Dank haben noch viele Lehrer den alten Geist in sich. Leider werden viele Wälder aus der Familie herausgerissen, um dem Erwerbesebenen nachzugehen. Deshalb müssen auch Lehrerinnen angestellt werden. In der Schule ist noch nie Wälder gepflanzt worden. - Es sprechen zu dieser Position noch die Stadtb. Nieß (U.S.P.), sowie Gen. Köhn, der betont, daß in hiesigen Mittelschulen in einem Besonderen die Sozialdemokratie in der schärfsten Weise losgezogen wird und daß von Pflege einer Völkervereinigung in der Schule nichts verpönt wurde. Wenn ein Lehrer monarchische Ideen den Schülern einimpfen will, so ist dies Gefinnungsstumperei und Bruch des erziehungswissenschaftlichen Grundsatzes.

Förderung der Kunst, Wissenschaft, Städtische, Volksbildung. Stadtb. Dr. Hellbach kritisiert, daß acht Neuntel von der Summe für diesen Posten nur vom Theater aufgezogen werden. Das Theater als Volkserziehungsmittel und Kulturförderung wird überschätzt. Leider ist von der Stadtverwaltung die Forderung der Rechn. Hochschule für soziale Zwecke verlass abgelehnt worden. Die Volkshochschulfürsorge können sich nur langsam und zaudernd entwickeln, das Ziel wird aber doch erreicht werden können. Mit allem, was voraus ist, müssen wir aufdräumen und die Stätten pflegen, die Stellen ersten Schaffens sind. - Stadtbürgermeister Dr. Finter verteidigt die Haltung der Stadtverwaltung gegenüber der Forderung der Rechn. Hochschule. Trotzdem die Erhaltung der Hochschule nicht Sache der Stadt ist, hat dieselbe doch weites Entgegenkommen gezeigt. Mehr Mittel stehen nicht zur Verfügung, denn dieselben sind zu beschränkt. Das das Theater anbelangt, so ist gewiß, daß dasselbe nicht nur ein Kulturmittel ist, sondern dient auch der Unterhaltung, aber einer edlen Unterhaltung. Der kostspielige Aufwand für dasselbe liegt in der Natur der Sache. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß der Staat von der Stadt die Aufbringung solch großer Mittel für das Landestheater verlangt.

Stadtb. Gen. Winter polemisiert zunächst gegen den Stadtb. Dr. Hellbach wegen seiner merkwürdigen Haltung in der Theaterfrage. Die Förderung der Kunst durch die Stadt ist nicht so wie der Oberbürgermeister dargelegt hat. Das Landestheater zahlt jährlich 220 000 M. Luftfahrzeugsteuer und aus den Vorstellungen im Konzerthaus zieht die Stadt jährlich 100 000 M., jedoch der Aufwand der Stadt auf etwa 1 750 000 M. verringert wird. Die Notwendigkeit, das Defizit nicht 4 Millionen übersteigen zu lassen, hat zu einer Intendantenreise geführt. Herr Intendant Ruch hat den Abbau nach alter Arbeitgebermanner vorgenommen, er hat eine große Anzahl seines Personals hinausgeworfen und dann ist er selbst gegangen. Ein Abbau am Theater ist nicht möglich, er bedeutet ein Nachlassen der künstlerischen Leistungen. Das Landestheater entwickelt sich zum Volkstheater, über 12 000 Arbeiter sind heute Mitglieder der Volkshöhne. Tausende von Personen werden dadurch der seichten Unterhaltung, dem Kino, entzogen. Dem Landtag muß aber auch das Gewissen geschäftet werden. Durch Sozialisierung der Kinos und Filmindustrie können Tausende von Markt herausgeholt und für das Theater verwendet werden. Erpart am Theater konnte werden durch Verzicht auf die große Oper, auf die Neuausstattungen usw. Es ist unverantwortlich, daß der Leiter der Oper seine Pflichten vernachlässigt und ins Ausland reisen unternimmt. Der jetzige Weg der Einsparung ist der aller ungeeignetste. Zum Schluß begründet Gen. Winter folgenden Antrag: 1. Mäßigkeitsmachung der vom Intendanten Ruch ausgesprochenen Kündigungen. 2. Prüfung, ob ein Abbau und Einsparungen nicht auf andere Art möglich sind als durch Personalentlassungen. 3. Wenn dennoch Entlassungen nötig sind, darf dies nur geschehen im Einvernehmen mit der Personalvertretung und nach Prüfung der persönlichen Verhältnisse der zu Entlassenden und Sicherstellung von deren Zukunft. - Neben jählich mit dem Wunsch, daß die ganzen Verhältnisse am Theater einmal gründlich zu untersuchen sind, damit das Theater eine Stätte wahrer Volkskultur und Bildung wird.

Oberbürgermeister Dr. Finter hält einen Mittelweg zur Lösung der Theaterfrage für notwendig. Der sachliche Abbau hat auch seine Grenzen. Die niederen Kreise der Volkshöhne sind nur möglich, wenn der Zuschuß des Staates größer wird. Die Preise der Volkshöhne belasten das Defizit des Theaters. Es ist richtig, daß, wie Herr Winter sagte, die Personalverhältnisse schlechte sind, deshalb wollen wir die Einsparungen für soziale Zwecke verwenden. Das Theater muß von einem einheitlichen Willen geführt werden, dabei wird allerdings dann der Verwaltungsrat eine bescheidene Rolle spielen müssen. Die Kündigungen dürfen nur im Einvernehmen mit der Personalvertretung erfolgen und es erübrigt sich eine Abstimmung über den sozialdem. Antrag.

Förderung von Handel, Industrie, Handwerk, Landwirtschaft, Verkehr. Stadtb. Dietrich (Dem.) findet die Summe von 21 000 M. für viel zu gering. Es ist vor allem notwendig, daß der Rheinhafen noch weiter ausgebaut wird. Für den Verkehr muß alles eingesetzt werden, insbesondere für eine gute Zugverbindung. Neue Steuerkräfte sind für Karlsruhe unerlässlich und solche stellen Handel, Industrie und Gewerbe dar. Stadtb. Gen. Köhn verlangt mehr Aufmerksamkeit für das darniederliegende Buchdruckgewerbe. Es ist unannehmlich, mit

Druckarbeiten zurückzuführen, dadurch werden immer mehr Buchdrucker arbeitslos. Auch die Stadtverwaltung steht im Verdacht, hier zu sparen, sie sollte aber dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Bürgermeister Sauer erwähnt demgegenüber, daß die Stadtverwaltung das Buchdruckgewerbe stets unterstützt habe. Soll in dieser Beziehung noch mehr geschehen, dann müssen auch der Stadt die Mittel dazu bewilligt werden.

Bei Position Öffentliche Messen, Märkte wünscht Stadtb. Dietrich (Dem.) die Abschaffung der Verkaufsmessen, da doch nur Schund geboten werde, und bei Titel Ehrungen, Feste usw. verlangt Stadtb. Spath eine bessere Unterstüzung der Altbeteranen. Damit ist die Einzelberatung des Voranschlags beendet.

Sodann gelangt die Vorlage

Errichtung neuer Beamtenstellen zum Aufbruch, wozu Bürgermeister Sauer eine eingehende Begründung gibt. So hat der Ausbau des Fürsorgeamts, des Giroverleghes bei der Sparkasse usw. mehr Stellen erfordert. Es werden Johann 1870 Beamte bei der Stadt vorhanden sein. Die Bemerkungen des Stadtb. Sturz (Str.) über die Befehung von Beamtenstellen waren etwas dunkel, etwas deutlicher war die „Bad. Landeszeitung“, welche den Verdacht erhob, daß die Sozialdemokratie die Stellen zu besetzen bestrebt sei. Es ist dies nicht richtig, denn es wird keine Vorkerleswirtschaft gebildet. Die Befehung von neuen Stellen wird ausgeschrieben und mit der Personalkommission besprochen. Nebenbei geht Johann auf die einzelnen Anfragen der „Bad. Landeszeitg.“ ein, woraus sich ergibt, daß die Verdächtigungen der „Landeszeitg.“ völlig hinfällig sind. Die Vorlage wird Johann ohne Debatte einstimmig angenommen.

Genehmigung von Kreditverschreibungen

Stadtb. Sturz beanstandet verschiedene Positionen und verlangt eine rechtzeitige Anforderung der Kredite beim Bürgerausschuß. - Oberbürgermeister Dr. Finter stimmt dem Vorredner, was die Aufstellung des Voranschlags betrifft, zu. - Die Vorlage findet einstimmige Annahme.

Aufnahme von Anteilen

Bürgermeister Dr. Klein Schmidt begründet kurz die Vorlage. - Stadtb. Peter (Dem.) bespricht die Schwierigkeiten der Städte, Geld zu bekommen, da ihnen auch die Industrie Konkurrenz bereite. Es wird gut sein, wenn sich die Stadt bei Anlegung von Mitteln zurückhalten werde. - Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Die Vorlage Erhebung eines Gemeindezuschlags zur Grundsteuer wird ohne Debatte einstimmig gutgeheißen.

Heranziehung des reichssteuerfreien Einkommens zur Gemeindesteuerung

Die Vorlage wird durch Bürgermeister Dr. Klein Schmidt begründet. Er gibt den sozialdem. Antrag bekannt, der besagt: „Die sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion beantragt, daß in der Vorlage Nr. 103, folgende Änderung vorgenommen wird: Unter D.B. 2: Der Beitrag der alleinlebenden Personen beginnt erst bei einem den Betrag von 12 000 M. übersteigenden Einkommen. Unter D.B. 3: Steuerpflichtige, bei deren Veranlagung ein höherer Betrag als 1500 M. steuerfrei bleibt (Verheiratete usw.) werden zur Gemeindesteuer erst dann herangezogen, wenn ihr Einkommen den Betrag von 19 000 M. übersteigt.“ Die Wirkung der Annahme würde eine Einkommenseinnahme von 1 462 000 M. ergeben. Die Vorlage verlangt die Besteuerung der Ledigen bei einem Einkommen von 8000 M. und Verheirateten von 17 000 M. an. Dies stellt einen Kompromiß der Parteien dar. Es wird überaupt nicht der Betrag der Einkommen, der erhoben wird. Wir befinden uns in einer Zwangslage. Eine Einigung ist heute noch notwendig, da sonst die Erhebung der Steuer nicht mehr zulässig ist. Die Annahme des sozialdem. Antrags hat große Bedenken. Auch die Liegenheitssteuer wird härter herangezogen werden müssen. Nebenbei bittet um Annahme der städtischen Vorlage. - Stadtb. Widmann Dr. Frey hält die Steuer für eine abschließliche, aber es gibt keinen anderen Ausweg als die Erhebung derselben. Er empfiehlt die Annahme der städtischen Vorlage. - Stadtrat Köhn (Str.): Die Zentrumsfraktion hatte schwere Bedenken zur Vorlage, sie hat manche Schönheitsfehler, sie ist aber aus der Not der Zeit herausgeborn. Die Not ist gewiß groß bei Beamten und Arbeitern, auch Gewerbe und Handel haben zu leiden, aber es gibt keinen anderen Ausweg als der Zwangslage, in der sich die Stadt mit ihrer Finanznot befindet. Ich warne dringend, die Vorlage abzulehnen. Der sozialdemokratische Antrag zeigt uns nicht den Weg, den Festbetrag zu beden, der bei einer Annahme des Antrags entstehen würde. Die Hauseigentümer sind nicht in der Lage, eine höhere Liegenheitssteuer aus eigener Kraft zu tragen. - Oberbürgermeister Dr. Finter bittet dringend um Annahme der Stadtratsvorlage. Er verspricht, daß wenn der Anteil der Städte an der Reichseinkommensteuer besser ausfalle wie vorgesehen, so könne man noch einmal über die reichssteuerfreie Einkommensbesteuerung durch die Stadt reden. Ein diesbezüglicher Antrag liege vor.

Stadtb. Gen. Prull: Wir stehen heute noch auf dem Standpunkt, daß die geringen Einkommen von der Steuer befreit werden müssen, darum hat auch das Reich eine freie Steuerzone geschaffen. Daraus entspringt auch der sozialdemokratische Antrag. Der Vorwurf, daß wir an der Deckung nicht mitarbeiten, kann uns nicht treffen, wie ja der Vergangene lehrt. Aber die Leistungsfähigkeit der Minderbemittelten hat eine Grenze, auf die muß Rücksicht genommen werden. In der Generaldebatte haben wir bewiesen, daß wir an der Deckung mitarbeiten wollen und haben Vorschläge gemacht. Wir sind nicht in der Lage, die jetzige Steuerpolitik mitzumachen. Die Minderbemittelten gleichen Patienten, die nicht durch Steuerhufschüler in Form von Steuern langsam zu tote gequält werden dürfen. Der Steuerhufschüler bei den Vermittelten muß eben strenger gehandhabt werden. Es gibt nur einen Ausweg, nämlich der Ausbau der Reichssteuer. Wir sind nicht in der Lage ein noch weiteres Entgegenkommen zu zeigen.

Oberbürgermeister Dr. Finter erklärt, bei der Reichsregierung im Sinne des Vorredners vorliegend geworden zu sein. - Stadtb. Nieß (U.S.P.) spricht sich gegen die städtische Vorlage aus und stellt die Zustimmung zum sozialdemokratischen Antrag in Aussicht. - Stadtrat Frey (Dem.) polemisiert gegen den Stadtb. Prull, dessen Vorschläge für die Zukunft, aber nicht für den vorliegenden Voranschlag gut seien. Er stellt den Antrag, daß bei Ablehnung der städtischen Vorlage die Einkommen von 8-12 000 M. nur zur Hälfte herangezogen werden sollen. - Oberbürgermeister Dr. Finter verteidigt einen Antrag, wonach die steuerfreien Mindererträge verschont werden sollen.

Auf Vorschlag des Stadtb. Bernauer (Str.) wird in eine Pause von 10 Minuten eingetreten, um den Parteien und dem Stadtrat Gelegenheit zu Besprechungen zu geben.

Nachdem die Verhandlungen wieder aufgenommen, gibt Oberbürgermeister Dr. Finter die Forderung der Vorlage bekannt und zwar dahingehend, daß der Beitrag der alleinlebenden Personen, das heißt jener, bei deren Veranlagung zur



**Damen-HERREN-
LODEN- UND WETTER-MÄNTEL
GUMMI-MÄNTEL**

Sporthaus Freundlieb, Karlsruhe, Kaiserstr. 185

Preisliste über Sportausrüstung gratis.

immer mehr... die... dass die... erfüllt habe... müssen... ficht Stadtb... da doch nur... ufw. ver... (Mittelere... Vorschlagn...)

Reichsteuer ein steuerfreier Einkommensteil von nicht mehr als 1500 M drückfichtig wird, bei einem Einkommen von 8000 bis 12 000 M die Hälfte beträgt. Verheiratete werden zur Gemeindesteuer erst dann herangezogen, wenn ihr Einkommen 18 000 M übersteigt. Die sogenannten Kinderrenten bleiben gänzlich befreit. Der entfallende Ausfall von 791 000 M soll auf folgende Weise gedeckt werden: Der Ueberfuß des Gaswerks wird um 500 000 M, derjenige des Elektrizitätswerks um 200 000 M erhöht und der Zuschuß für den Schlacht- und Viehhof in der Höhe von 117 000 M wird in einen Ueberfuß von 58 000 M umgewandelt. Die Vorlage mit dieser Änderung wird sodann gegen 5 Stimmen angenommen und bei der Abstimmung über den Gesamtvorschlag konstatierte der Oberbürgermeister einstimmige Annahme. Erst nach 9 Uhr waren die Beratungen zu Ende.

Gewerkschaftliches

Die Haltung der Freiburger Eisenbahner. Eine gestern abend im Feierlingsaal abgehaltene Versammlung der Eisenbahner hat einstimmig folgende Entschlüsse angenommen: Eine nach Hunderten zählende, im Feierlingsaal tagende Versammlung von Eisenbahnbeamten und Arbeitern ist einmütig entschlossen, den Kampf aufzunehmen, sofern die Regierung die Forderungen, welche von den Großorganisationen gestellt wurden, ablehnt.

Aus dem Lande

Von der Schweizer Grenze, 27. Dez. Bei Nischen faßte ein schweizerischer Zollbeamter innerhalb einer halben Stunde zwei Balutafelbier ab. Dem einen, dem Ausläufer eines Geschäftes, der die Grenze täglich drei- bis viermal passierte, wurden 200 Franken in schweizerischen Fünffrankstücken abgenommen. Der andere trug ungefähr 1 1/2 Kilo schweizerische Pantolen, in Setzungen eingewickelt, unter den Kleidern auf dem Leibe. Maul- und Klauenseuche. Die Maul- und Klauenseuche kommt immer noch nicht zur Ruhe und wütet in vielen Gemeinden weiter. Ganz besonders schwer ist die Gemeinde Unadringen betroffen, wo über 50 Stallungen verheert sind. Ein Farren, 15 Kälber und 20 junge Schweine mußten bereits abgeschlachtet werden.

Aus der Stadt

Karlruher Parteinachrichten. Sozialdem. Verein. Heute abend punkt 7 1/2 Uhr Vertrauensmännerversammlung in der „Goldenen Krone“. Alle Vertrauensleute haben zu erscheinen. Bibliothek des sozialdem. Vereins. Die Bücherausgabe findet für diese Woche morgen Donnerstag von 4-7 1/2 Uhr statt. Bezirk Müppurr. Sonntag, 2. Jan., abends 7 Uhr, findet im „Jäger Löwe“ Parteiverammlung mit Vortrag statt. Gen. Redakteur Schöpflin spricht über: Die europäische Schicksalsfrage. Nach Schluß der Versammlung: Familiäres Zusammensein. Der Gesangsverein Sängerbund wirt mit.

Verjährung von Forderungen

Durch die Bekanntmachung des Bundesrats vom 27. Dezember 1914 wurde angedeutet, daß die in den §§ 196, 197 des bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Ansprüche, die damals noch nicht verjährt waren, nicht vor dem Schluß des Jahres 1915 verjähren. Die Verjährungsfrist für diese Ansprüche sind im Laufe des Krieges wiederholt verlängert und zuletzt durch die Verordnung vom 28. November 1919 bis zum 31. Dezember 1920 hinausgeschoben worden. Eine weitere Ausdehnung dieser Verjährungsfrist ist nicht zu erwarten. Soweit deshalb nicht etwa im Laufe des Jahres 1920 eine Dämpfung der Verjährung (§ 202 des bürgerlichen Gesetzbuchs) eingetreten sein sollte, läuft die Verjährung mit dem 31. Dezember 1920 ab. Dieses gilt für die Ansprüche des täglichen Lebens mit zweijähriger Verjährungsfrist (§ 196 des bürgerlichen Gesetzbuchs, insbesondere also Ansprüche der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker aus Lieferungen an Privats, Ansprüche der Frachthelfer, Schiffer, Pastoren usw., der Ärzte, Rechtsanwälte und Notare wegen ihrer Gebühren und Auslagen) aus den Jahren 1912 bis 1918 sowie für solche Ansprüche mit vierjähriger Verjährungsfrist (§ 197 des bürgerlichen Gesetzbuchs, namentlich also Ansprüche aus Warenlieferungen für den Gewerbebetrieb des Schuldners Ansprüche auf Unterhaltsbeiträge, rückständige Mieten und Pachtzinsen usw.) aus den Jahren 1910 bis 1916. Wer sich gegen die Einrede der Verjährung schützen will, muß deshalb bis zum 31. Dezember 1920 für die Unterbrechung der Verjährung sorgen. Die für Kriegsgefangene und deren Gläubiger im § 8 des Kriegsteilnehmerrentengesetzes vom 4. August angeordnete Dämpfung der Verjährung wird hierdurch nicht berührt. Diese Vorschrift gilt auch über den 31. Dezember 1920 hinaus. Das vom Reichstag am 18. Dezember 1920 beschlossene Gesetz über die Verlängerung der Verjährungsfrist bezieht sich ausschließlich auf Ansprüche des Steuerbürgers und hat mit der Verjährung von Ansprüchen des täglichen Lebens im Sinne der §§ 19, 197 des B.G.B. nichts zu tun.

Fahrplanänderung nach Ragan. Von Montag, den 8. Januar ab, fällt der Personenzug 1309 (W) Karlruhe ab 8.15 Uhr vorm., Ragan an 8.37 Uhr vorm. Als Ersatz verkehrt vom gleichen Tage an der Personenzug 1307 Karlruhe ab 7.40 Uhr vorm., Ragan an 8 Uhr vorm. täglich. Der halt des Personenzuges 1301 (W) auf dem Haltepunkt Juppelstraße wird vom gleichen Zeitpunkt an aufgehoben und demzufolge der Zug statt 5.25 Uhr jetzt 5.27 Uhr vorm. in Karlruhe abfahren.

Abrennen von Feuerwerkskörpern. Das Bezirksamt schreibt: Es macht sich in letzter Zeit wieder vielfach der Unflug des Abrennens von Feuerwerkskörpern, Fröschen usw. in der Stadt bemerkbar. Die hierdurch verursachte Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit hat Veranlassung gegeben, auch in diesem Jahre die Abgabe von Feuerwerkskörpern jeder Art, insbesondere von Kanonenschlägern, Fröschen und Schwärmern mit sofortiger Wirkung zu verbieten. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis 150 M oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Weihnachtsfeier der Arbeiter-Madsfahrer. Kommen den Sonntag, den 2. Januar, feiert der Arbeiter-Madsfahrerverein „Solidarität“ im Schrepphagen Bierkeller, Beierthelmer Allee, seine Weihnachtsfeier, verbunden mit Kinderbescherung, Gabenverlosung und Tanz. Die Vereinsleitung wird es sich angelegen sein lassen, durch Zusammenstellung des Programms den Besuchern und Gönnern unseres Vereins einige angenehme Stunden zu bereiten und dürfte der Besuch jeden Teilnehmer befriedigen.

Diebstahl. Ueber die Weihnachtsfeierlage haben unbekante Täter aus einer Schäftefabrik in der Knosstraße etwa 30 schwarze Vogrinnselle, 20 Duzend Vogelkaffee, 50 Meter weiß-graues braunes Futter, sowie 12 Rollen schwarzer Nähnaden im Werte von 89 400 M entwendet. Fuhrwerks- und Madsfahrerverkehr. Im Hinblick auf die in letzter Zeit vorgekommenen Unfälle werden die Vorschriften der Straßenpolizeiverordnung in Erinnerung gebracht, wonach beim Einbiegen von einer Straße in die andere nach rechts in kurzer Wendung, nach links in weitem Bogen zu fahren und außerdem die Gangart zu verkürzen ist. Durch Abrennen von Salonsfeuerwerk entstand am 27. ds. Mts. in einem Laden der Wilhelmstraße ein Brand, der von dem Ladeninhaber gelöscht werden konnte. Der entstandene Fahrschaden beläuft sich auf 600 M.

des Abrennens von Feuerwerkskörpern, Fröschen usw. in der Stadt bemerkbar. Die hierdurch verursachte Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit hat Veranlassung gegeben, auch in diesem Jahre die Abgabe von Feuerwerkskörpern jeder Art, insbesondere von Kanonenschlägern, Fröschen und Schwärmern mit sofortiger Wirkung zu verbieten. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis 150 M oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Weihnachtsfeier der Arbeiter-Madsfahrer. Kommen den Sonntag, den 2. Januar, feiert der Arbeiter-Madsfahrerverein „Solidarität“ im Schrepphagen Bierkeller, Beierthelmer Allee, seine Weihnachtsfeier, verbunden mit Kinderbescherung, Gabenverlosung und Tanz. Die Vereinsleitung wird es sich angelegen sein lassen, durch Zusammenstellung des Programms den Besuchern und Gönnern unseres Vereins einige angenehme Stunden zu bereiten und dürfte der Besuch jeden Teilnehmer befriedigen.

Diebstahl. Ueber die Weihnachtsfeierlage haben unbekante Täter aus einer Schäftefabrik in der Knosstraße etwa 30 schwarze Vogrinnselle, 20 Duzend Vogelkaffee, 50 Meter weiß-graues braunes Futter, sowie 12 Rollen schwarzer Nähnaden im Werte von 89 400 M entwendet.

Fuhrwerks- und Madsfahrerverkehr. Im Hinblick auf die in letzter Zeit vorgekommenen Unfälle werden die Vorschriften der Straßenpolizeiverordnung in Erinnerung gebracht, wonach beim Einbiegen von einer Straße in die andere nach rechts in kurzer Wendung, nach links in weitem Bogen zu fahren und außerdem die Gangart zu verkürzen ist. Durch Abrennen von Salonsfeuerwerk entstand am 27. ds. Mts. in einem Laden der Wilhelmstraße ein Brand, der von dem Ladeninhaber gelöscht werden konnte. Der entstandene Fahrschaden beläuft sich auf 600 M.

Kleine Nachrichten

Beuthen. Wie die „Ostdeutsche Morgenpost“ meldet, sind dort am Freitag gelegentlich einer Weihnachtsfeier bewaffnete Polen und Gallenjuden in den Saal gedrungen. Als die Polen mehrere Schüsse abgaben, griff die Abtunimungspolizei an. Es kam zu einem regelrechten Feuergefecht, bei dem zwei Polen verwundet wurden. Tarnowitz. Montag nacht wurde der Versuch gemacht, mit einer Dynamitpatrone das Denkmal Kaiser Wilhelms I. zu sprengen. Duppeln. In Bogisdorf wurde gegen den Laden eines Kaufmanns ein schweres Bombenattentat verübt. Wöchentlich flog gegen die Ladentür ein schwerer Gegenstand. Beim Öffnen des Ladens explodierte eine Bombe. Sieben Personen wurden verletzt, davon drei schwer. Memel. Einem Bericht der „Nigauer Rundschau“ zufolge soll im Januar in Niga eine Konferenz der Offiziaten stattfinden, die sich mit der Frage der Befreiung der Kriegsgefangenen in der Ostsee zu beschäftigen haben wird.

Paris. Nach einer Radiomeldung aus Buenos Aires soll das Erdbeben in Mendoza 6000 Opfer gefordert haben. Der Sachschaden wird auf 50 Millionen Pesos geschätzt.

Paris. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Washington soll König Konstantin die Absicht haben, sich am 15. Januar zu seinem Heere nach Smyrna zu begeben. Er soll sich in diesem Sinne gegenüber amerikanischen Journalisten geäußert haben.

Paris. Nach einer Meldung des „Matin“ aus London sind während der Feiertage zahlreiche Zwischenfälle in Irland vorgekommen. 11 Personen wurden getötet und mehrere verwundet. Zwei Banken wurden ausgeplündert.

Paris. Wie das „Petit Journal“ mittelt, wird General Noller in den ersten Tagen des Jahres auf seinen Posten nach Berlin zurückkehren.

Paris. Die Kammer hat mit 504 gegen 62 Stimmen einen Kredit von 8 634 665 745 Fr. für die Monate Januar und Februar 1921 bewilligt. Damit ist das Gesetz über die beiden Budgetposten angenommen.

Paris. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel dringt die zweite bolschewistische Armee gegen Georgien vor. In der Grenzgegend wurden starke bolschewistische Streitkräfte zusammengezogen.

Stockholm. Bei den Stadterneuerungsarbeiten in den schwedischen Städten zeigte sich wie bei den Reichstagswahlen im Herbst eine Verschiebung nach rechts bei gleichzeitigem starkem Rückgang der Stimmen aller Parteien, der am stärksten die Linkssozialisten traf und die Liberalen und Rechtssozialisten stärker in Mitleidenschaft zog als die konservativen Parteien.

Berlin. Die „Seker und Druder“ der bürgerlichen Blätter in Bern, St. Gallen und zum Teil auch in Genf sind zur Erlangung einer Steuererhöhung von wöchentlich 8 Franken in den Streit getreten.

Dublin. Nach einer Mitteilung der Militärbehörden beabsichtigen Regierungstruppen eine große Anzahl Personen bei einem Landvergnügen in der Nähe von Duff in der Grafschaft Wimmerick. Mehrere Teilnehmer waren bewaffnet und empfangen die Soldaten mit Schüssen. Ein Soldat wurde getötet. Durch das Feuer der Truppen wurden 5 Angreifer getötet. Insgesamt wurden 130 Personen verhaftet.

London. Aus Warschau wird gemeldet, daß die polnisch-russischen Friedensverhandlungen abgebrochen seien. Der bolschewistische Delegierte Joffe soll erklärt haben, daß die Lage Rußlands sich nun so günstig gestaltet habe, daß Rußland keinerlei Interesse mehr daran habe, die früher vereinbarten Vertragsbestimmungen zu erfüllen. Auf jeden Fall würde Rußland die polnischen Kriegsgefangenen nicht heim befördern, sondern sie in Rußland zurückbehalten, wo sie beschäftigt werden sollen.

Berlin, 29. Dez. (Privat). Nach einer Meldung des „Berl. Volk-Anzeigers“ wurden im Laufe der verfloßenen vier Wochen allein in der Nachener Gegend für 12 Millionen Mark Schmuggelwaren beschlagnahmt, darunter über 150 000 Zigaretten.

Bei den in der Anzeige vom 27. 12. angekündigten 500 Gramm Sonderzucker auf die Bestellmarke 4 Z handelt es sich um die Vorbestellung. Die Ausgabe dieses Zuckers erfolgt nächste Woche durch die einschlägigen Geschäftsläden. Lebensmittelamt. 3465

Bruchsaler Anzeigen. Städt. Arbeitsamt Bruchsal (Bezirksarbeitsnachweis). Männliche Abteilung. Offene Stellen: 1 Jg. Buchhalter, 1 Stenotypist, 2 Antilatoren für Wasser, 1 Brenneimer für Brauereibrennerei, 1 Farbentechner, 1 Nachschneidemeister, 2 Zigarenfortierer, 1 Maurer. Stellen suchen: 3 Gärtner, 1 Steinbauer, 1 Metallgießer, 1 Schmied, 4 Bauhilfsarbeiter, 2 Fleischer, 20 Maschinenführer, 2 Regentanzler, 1 Tapezierer, 2 Gatterführer, 1 Köcher, 1 Buchstämmer, 4 Binder, 1 Metzger, 2 Schuhmacher, 2 Maurer, 1 Schiefer, 3 Maler, 2 Zimmerer, 1 Dachdecker, 20 Fabrikarbeiter, 15 Handlungsgeschäften aller Art, 16 Lagerarbeiter, 100 Hilfsarbeiter, 3 Diener (Arbeitsbeschäftigte).

reien, 2000 Kilo Kasse und große Mengen Mehl und Tabak. In den Rheinbrücken in Bonn, Köln und Düsseldorf sind in der ersten Dezemberhälfte 128 Personen wegen Schiebererei und Schmuggels verhaftet worden. Auf dem Kölner Hauptbahnhof wurden am 20. und 22. Dez. 116 Personen wegen Schmuggels festgenommen. In Aachen wurde ein besonderer mit Fahrrädern und Waffen ausgerüsteter Stützpunkt von Polizeibeamten gebildet, der das Schmuggeln und Schieberern an der deutschen Westgrenze bekämpfen soll.

Wie die „Post. Ztg.“ aus Dresden meldet, sind die Grenzbehörden einem großen Schmuggel von Ruchstoffen auf die Spur gekommen. Es handelt sich um sieben große Schleppflöße mit 140 000 Zentnern Steinkohlen, die von Deutschland nach Polen verschoben werden sollten.

Neue Drangsalierungen Deutschlands in der Frage der Sicherheitspolizei

B.Z.B. Berlin, 28. Dez. Die interalliierte militärische Kontrollkommission hat unterm 23. Dezember eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet, worin sie sich mit der Art, wie die Reorganisation der Polizei ausgeführt worden ist, nicht befriedigt erklärt. Da die Reorganisation nach einem Plane erfolgt ist, der bis ins Einzelne im Einvernehmen mit der Kontrollkommission aufgestellt wurde, muß angenommen werden, daß Mißverständnisse vorliegen. Das Auswärtige Amt ist damit beschäftigt, diese Mißverständnisse aufzuklären. Berlin, 28. Dez. Zu der neuen Entwaffnungsnote fordert der „Vorwärts“ vollständige Öffentlichkeit. Außerdem werde zu erwägen sein, ob nicht auch der Auswärtige Ausschuß des Reichstags einzuberufen sei, da er doch zum mindesten das Recht habe, den Text der neuen Note kennen zu lernen.

Berlin, 28. Dez. Zu der neuen Entwaffnungsnote der Entente, welche die völlige Auflösung der Sicherheitspolizei fordert, wird mit Recht bemerkt, daß die neuerliche Forderung zur Auflösung der Sicherheitspolizei Ueberraschung hervorgerufen hätte, denn diese sei bereits seit mehreren Monaten aufgeführt. Was jetzt als Sicherheitspolizei besteht, unterscheidet sich von der früheren blauen Polizei lediglich durch die Farbe der Uniform, die, wie die Ententemächte wissen, ebenfalls geändert werden soll. Eine Sicherheitspolizei, militärisch organisiert und mit schweren Waffen ausgerüstet, besteht in Wirklichkeit nicht mehr. Da die Mehrzahl der Kabinettsmitglieder fern von Berlin auf Urlaub weil, hat die Reichsregierung noch keine Gelegenheit gehabt, zu der Note Stellung zu nehmen. Dies dürfte aber im Laufe dieser Woche noch geschehen.

Briefkasten der Redaktion

H. G. Die Zwangsabwicklung für diesen Artikel ist für das ganze Reich aufgehoben, also auch für Württemberg. H. A. Rehl. In der Angelegenheit wegen der Entlassungsanträge konnte bisher noch nichts erreicht werden. Sch.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 29. Dezember 1920

Ueber der südlichen Hälfte des Festlandes sind südliche Luftströmungen vorherrschend geblieben. Die Temperaturen stiegen dabei im Laufe des gestrigen Tages bei uns wiederum bis 13 Grad an, im Norden dagegen bis zu 10 Grad tiefer als im Süden. Bei uns bildet sich ein Ausläufer des südlichen Hochdruckgebietes aus, der hier zur Auflockerung führt und vorläufige Bitterung bis Donnerstag nacht 12 Uhr: Wolkig, einzelne Niederschläge, vorübergehend noch mild, dann Auflockerung und vorerst leichter Nachtfrost.

Valuta-Bericht vom 23. Dezember

Markkurs in der Schweiz ca. 8.90 Eis. Auszahlung Holland 22.86 M per holl. Guld. Auszahlung Schweiz 1.12 M per schw. Fr. Auszahlung England 257 M per Pf. Sterl. Auszahlung Frankreich 4.28 M per frz. Fr. Auszahlung Neuyork 73.50 M per Dollar.

Wasserstand des Rheins

Schuyterinsel 23 Ztm., gest. 4 Ztm., Rehl 115 Ztm., gest. 4 Ztm., Ragan 271 Ztm., gest. 1 Ztm., Mannheim 148 Ztm., gest. 1 Ztm.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Vieztasteten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlruhe.

Vereinsanzeigen

Zentralkommission für Sport und Körperpflege. Morgen Donnerstag abend 7 1/2 Uhr in der „Gambriusshalle“ Sitzung des Arbeitsausschusses. 7195 Karlruhe. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Am Donnerstag, 30. Dez., abends 5 Uhr, im Nebenzimmer der „Gambriusshalle“ Schmiebe- und Bauhilfsarbeiter-Versammlung, Tagesordnung: Stellungnahme zur Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom Schloffer- und Schmiedgewerbe. Es ist Pflicht, daß auch der letzte Mann in dieser Versammlung erscheint. 7187 Die Brandleitung.

Der „Volkfreund“-Wandkalender 1921

Ist erschienen und wie immer hübsch ausgestattet. Wir geben ihn durch unsere Träger und Filialkassen an die Bezueher unseres Blattes zum Selbstkostenpreis von 20 M ab. Die Filialkassen wollen alsbald ihren Bedarf von uns verlangen. Karlruhe, im Dezember 1920. Verlag des „Volkfreund“.

Baden-Baden. Restablierung von Getreide betr. Um den rückständigen Getreideerzeugern die Möglichkeit zu geben, ihren Ablieferungsbeitrag restlos zu begleichen, werden vom 3. bis 6. Januar 1921 drei weitere Abgabetermine eingericht. und zwar: a) für den Stadteil Nidental und Geroldsdau am Montag u. Dienstag, den 3. u. 4. Januar 1921, am Gemeindehaus in Nidental; b) für die übrigen Stadteile am Mittwoch, den 6. Januar 1921, an der Güterhalle.

Das Getreide muß nach Sorten getrennt, in Säcken verpackt mit Sachanhänger versehen sein. Weitere Ablieferungstermine werden nicht mehr angelegt, vielmehr mühte gegen die abernals fälligen Ablieferungsbeiträge mit Zwangsmaßnahmen vorgegangen werden. Es werden vergütet für: 1 Doppelzentner Roggen Mt. 150.— 3464 1 „ „ „ „ „ 164.— 1 „ „ „ „ „ 100.— 1 „ „ „ „ „ 100.— Lebensmittelamt

Für die Feiertage offeriere billigst Wein offen und in Flaschen Weinkellerei Goldener Löwe Baden-Baden. 7107

Bruchsaler Anzeigen. Städt. Arbeitsamt Bruchsal (Bezirksarbeitsnachweis). Männliche Abteilung. Offene Stellen: 1 Jg. Buchhalter, 1 Stenotypist, 2 Antilatoren für Wasser, 1 Brenneimer für Brauereibrennerei, 1 Farbentechner, 1 Nachschneidemeister, 2 Zigarenfortierer, 1 Maurer. Stellen suchen: 3 Gärtner, 1 Steinbauer, 1 Metallgießer, 1 Schmied, 4 Bauhilfsarbeiter, 2 Fleischer, 20 Maschinenführer, 2 Regentanzler, 1 Tapezierer, 2 Gatterführer, 1 Köcher, 1 Buchstämmer, 4 Binder, 1 Metzger, 2 Schuhmacher, 2 Maurer, 1 Schiefer, 3 Maler, 2 Zimmerer, 1 Dachdecker, 20 Fabrikarbeiter, 15 Handlungsgeschäften aller Art, 16 Lagerarbeiter, 100 Hilfsarbeiter, 3 Diener (Arbeitsbeschäftigte).

Weibliche Abteilung. Offene Stellen: 1 Einlegerin, einige Mädchen von 16-20 Jahren für Papierwarenfabrik, gelernte Verflechterinnen, 1 Zigarenfortierer, 1 Zigarenmacherin, 1 Kontoristin nach auswärts, 2 perf. Stenotypistinnen, 1 erste Verkäuferin für Delikatessen, 3 Dienstmädchen für Gasthäuser, 3 Monatsfrauen, 10 Alleinmädchen, 2 Köchinnen, 1 Zimmermädchen, 1 Kinderpflegerin oder Kinderbeschwerter. Stellen suchen: 3 Modistinnen, 1 Näherin für Kinderkleider und Hüden, 2 Damenfrisierinnen, 2 Hotelzimmermädchen, 1 Gerbierfräulein, 2 Haushälterinnen, 2 Verkäuferinnen, 1 Bürogehilfin, 1 Büroangestellte. Lehrstellenvermittlung. Stellen finden: Schlosser, Fleischer- u. Installateur, Schmied- und Kaufmanns-Behrlinge; Zigarenmacherinnen, 1 Zigarenmacher-Behrlinge. Stellen suchen: Schlosser, Mechaniker, Uhrmacher, Wagner, Schreiner, Metzger, Schneider, Schuhmacher- und Kaufmanns-Behrlinge; 1 Weidmählerin, 4 Kontoristinnen, 4 Verkäuferinnen-Behrlinge. Angekündigt sind dem Arbeitsamt: Christelle für Gewerlosenfürsorge Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte. 3468

Pranckuch & Co.
Neue Konserven
Gemüse-Erbsen
 2 Pfund-Dose
7.50
Erbsen naturell
junge Erbsen mittelfein und fein
Stangenbohnen
Schnittbohnen
 1 Pfund-Dose
4.-
Tomaten-Püree
 1 Pfund-Dose
5.-
Tomaten-Extrakt
Tomaten-Mark
Pranckuch & Co.

Aufforderung.
 Der Zufender des an mich unterm Poststempel Böllingen, 21. 12. 1920, gerichteten Briefes bezw. Mittels wird gebeten, einen Namen zu nennen, den ich nicht ernst nehmen kann. Ich bin nicht bereit, einen Namen zu nennen, wenn ich nicht ernst nehmen kann. Ich bin nicht bereit, einen Namen zu nennen, wenn ich nicht ernst nehmen kann.

Bugfran
 vormitt. 2 Stunden, sofort gesucht. Hirschstr. 28, II.

Gem. Chor
Bruderbund
Weihnachts- und Sonnenwend-Feier
 verbunden mit Gesang, humoristisch. Vorträgen, Theater und TANZ.
 Zu dieser Feier laden wir unsere Mitglieder, sowie Freunde und Gönner des Vereins herzlich ein und hoffen, sie zahlreich bei uns begrühen zu dürfen. 7185
 Der Vorstand.

Künstler-Haus
 Mittwoch, 5. Jan., abends 7 1/2 Uhr
Tänze
Anny Heuser
 unter Mitwirkung von Mitgliedern des Badischen Landestheater-Orchesters.
 Karten zu Mark 10.-, 7.-, 4.-, 2.50, ausschl. Steuer, in der Musikalienhandlung Fr. Doert, Kaiserstr. 169.

Karlsruher Gastwirtschaften!
 Das Landesgewerbeamt beantragt in nächster Zeit verschiedene Fachjuris von mehrwöchiger Dauer, an denen Handwerker und Gesellen von auswärts, welche hier preiswerte Unterkunft und Verpflegung suchen, teilnehmen. Gastwirtschaften wollen Angebote mit Preisangabe für Unterkunft und Verpflegung alsbald an das Landesgewerbeamt (Karl-Friedrichstr. 17) einreichen. 3457

Baubund-Möbel
 Wohnzimmer Herrenzimmer
 Schlafzimmer Küchen-
 Ebzimmer Einrichtungen
 in solider Ausführung, den veränderten Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepasst. 6153
Badischer Baubund G. m. b. H.
 Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 22.
 Verkauf gegen bar oder Teilzahlung.
 Während der beiden letzten Advent-Sonntage sind unsere Ausstellungs-räume von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 6 Uhr geöffnet.

Fundfächer in den Volksschulen.
 Am letzten Vierteljahr 1920 wurden aufgefunden:
 Säckelkiste: Kartgrafenstraße 28, 12 Kägen.
 Säckelkiste: Riegrstr. 118, 30 Gelbbeutel, 23 Röhre, 2 Gelbtragen.
 Gartenstrahlkiste: Gartenstraße 22: 1 Mantel, 3 Kägen, 1 Kabuze.
 Die Fund-Gegenstände können von ihren Eigentümern in obigen Schulen in der Zeit vom 1. bis 21. Januar 1921 abgeholt werden. 3463
 Volksschulinspektorat.

Stadt. Freibank.
 Fleischabgabe 2453
 Donnerstag 9-11 Uhr:
1501-1700.
 Einige guterhaltene **Anzüge**
 zu 150-200 RM., Reberzieher zu 120, 150 und 250 RM., einige Damen-Kostüme und Mäntel, 6 Kissen, fedge. Mäntel billig zu verkaufen bei Vogelrad, Ghenweinhr. 32, 2. Stock. 7192

Die guten, echten **Leipziger Pelze**
 Qualitätsware.
 Neueste Mode
 Große Auswahl
 Wirklich preiswert.
 Besonders vorteilhaftes Angebot
Alasca - Flechse
 Keine teure Ladung!
 Nur **Karl-Friedrichstr. 61, Trepp.**
J. Schorpp,
 neben Spiegel & Wels. Nähe Schloßplatz. 5422

Vereinigte Arbeitersportvereine Ettlingen
 Freie Turnerschaft, Arb.-Radfahrer-Verein, Touristenverein „Die Naturfreunde“.
 Am kommenden Sonntag, den 2. Januar, abends punkt 8 Uhr beginnend, veranstalten obige Vereine in der städtischen Festhalle gemeinsam ihre diesjährige **Weihnachtsfeier**
 verbunden mit sportlichen u. humoristischen Darbietungen, Gabenverlosung und darauffolgendem Ball. (Saalöffnung 5 Uhr).
 Der Eintrittspreis beträgt einheitlich 2 Mk. einschliesslich 40 Pf. Steuer.
 Kartenverkauf bei Zigarren-geschäft Rees und Zigarrengeschäft Essig. Für Mitglieder der Vereine: Freie Turnerschaft bei Otto Herr, Gartenstrasse 9, Hermann Klein, Kirchenplatz; Radfahrer-Verein: Jos. Pfeil; Naturfreunde: Karl Fleck.
 Zu dieser Veranstaltung laden wir die werten Mitglieder der Vereine mit ihren Angehörigen sowie Freunde und Gönner unserer Sport-sache freundlichst ein.
 Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt. 7184

Lebensmittelmarten.
 Fortsetzung der Ausgabe:
 Mittwoch, 29. Dez. für die Straßen: Kaiserstraße bis Kornweg
 Donnerstag, 30. Dez. für die Straßen: Kornweg bis Wolkestraße
 Freitag, 31. Dez. für die Straßen: Wolkestraße bis Rintheimerstraße
 Samstag, 1. Jan. für die Straßen: Rintheimerstraße bis Söfenstraße
 Sonntag, 2. Jan. für die Straßen: Söfenstraße bis Bahnhofsstraße
 Montag, 3. Jan. für die Straßen: Bahnhofsstraße bis Bittel.
 Markenausgabe von morgens 9 bis nachmittags 3 Uhr. 3459
 Karlsruhe, den 28. Dezember 1920.
 Nahrungsmittellamt der Stadt Karlsruhe.

Badisches Landestheater.
 Mittwoch, den 29. Dezember 1920. 3467
Der lebende Leichnam.
 Anfang 6 1/2 Uhr. (M. 12.-) Ende 9 1/2 Uhr.

Für die Feiertage
 empfehle: 7105
Weissweine
 offen und in Flaschen
Rotweine
 prima schwere französische
Südweine
 Cherry, Malaga
Spirituosen
 Kirsch- und Zwetschgenwasser, Cognac, Rum, Punsch etc.
 zu billigstem Tagespreise.
E. L. Sickinger
 Marienstr. 35. Tel. 5144 u. 4677.

Ortskrankenkassen Karlsruhe.
 Durch Beschluß der Kassengemeinschaften und mit Genehmigung des Oberversicherungsamts dahier treten mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab bei den nachstehenden Ortskrankenkassen Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge ein und zwar bei der Ortskrankenkasse der Dienstboten von 7 1/2 auf 10 Hundertstel, bei der Ortskrankenkasse der Bäcker von 4 auf 5 Hundertstel und ferner bei der Ortskrankenkasse der Metzger und Wurstler von 3 1/2 auf 5 Hundertstel des in den Satzungen festgesetzten Grundlohnes.
 Infolge Beschluß des Reichstages sind die Beiträge zur Invalidenversicherung vom 20. Dezember ds. Js. ab zum doppelten Nennwert zu berechnen. Anstelle der jetzigen Beiträge zur Invalidenversicherung sind hiernach von dem genannten Zeitpunkt ab deren doppelte Beträge in Anrechnung zu bringen und bei den Arbeitgebern einzuziehen.
 Die bereits veröffentlichte, durch Verfügung des Bad. Bezirksamts - Versicherungsamts - dahier mit dem 15. ds. Mts. in Kraft getretene, weitere Erhöhung des Wertes der Sachbezüge, soweit solche in Kost und Wohnung bestehen, bedingt bei allen Versicherten die Verlegung in höhere Lohnstufen der Kranken- und Invalidenversicherung, insbesondere bei den Hausangestellten.
 Die Tabellen über Klasseneinteilung, Beiträge und Kasseneinstellungen nach dem neuesten Stand können bei unserer Kassenverwaltung, Gartenstraße 14/16, unentgeltlich in Empfang genommen werden.
 Karlsruhe, den 27. Dezember 1920.
 Verwaltungsdirektion:
 Sigmund. 7188

Unsere Leser und Leserinnen
 werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die Inserenten des Volksfreund.

Städtisches Arbeitsamt Karlsruhe
 Sachabteilung für das Wirtsgewerbe sucht **Aushilfspersonal**
 für sofort. 3468
 An 1/2 Stunde vertagen Sie unter **Garantie** jede **Lähne-Plage**
 auch Höhe f. Brut (Nissen) v. Meisen u. Tieren mit **Golda.** Für Wunden und Haare unschädlich. Herk.: Erste Westf. Angezeiger-Verlags-Anstalt, Essen. Zu haben in Karlsruhe i. B.: Kappes & Kluge, Kaiserstraße 86 - Eto Schwara, Gaiantenstraße 17.

Bekanntmachung
 Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betreffend.
 Die Ziehung der I. Klasse der 17. Preussisch-Süddeutschen (243. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 11. und 12. Januar 1921 stattfinden.
 Die Lose dieser Lotterie werden von den zuständigen Badischen Lotteriereisnehmern ausgegeben.
 Karlsruhe, den 27. Dezember 1920.
 Landeshauptkasse 2933
 als Landesbehörde f. die staatl. Klassenlotterie

Maul- und Klauenfange Betr.
 Nachdem in der Gemeinde Hochstetten die Maul- und Klauenfange ausgebrochen ist werden folgende Anordnungen getroffen:
 A. Sperrbezirk:
 Das verheute Gehöft des Martin Harnig bildet einen Sperrbezirk i. E. der §§ 161 ff. der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Reichsbiehseuchengesetz.
 B. Beobachtungsgebiet.
 Um den Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsbestimmungen zum Reichsbiehseuchengesetz bestehend aus dem übrigen Teil der Gemeinde gebildet.
 C. 15 km Umkreis.
 In den Umkreis von 15 km vom Seuchenort Hochstetten entfernt (§ 168 der Ausführungsbestimmungen zum Reichsbiehseuchengesetz) fallen folgende Gemeinden: Blantenloch, Eggenstein, Friedrichstal, Graben, Hagsfeld, Rietlingen, Leopoldshausen, Heilsheim, Hiltensheim, Ruffheim, Spöck, Staffort, Teufschneureut und Weischnereut. D. 3. 329
 Karlsruhe, den 27. Dezember 1920. 3461
 Bezirksamtsamt.

Maul- und Klauenfange Betr.
 In der Stellung der Gutsverwaltung Scheibenhards, Gemeinde Badach, ist die Maul- und Klauenfange erfolgt. Die verhängten Sperremaßnahmen werden wieder aufgehoben. 3462
 Karlsruhe, den 27. Dezember 1920.
 Bezirksamtsamt. D. 3. 330

Daniels
 Konfektions-Haus
 Wilhelmstr. 34, 1 Tr. 7189
 Für die **Tanzstunde**
 Flotte Kleider, Blusen
 Seidenröcke
 zu billigsten Preisen.
Gänselebern
 werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft.
 K. Moser.
 Kreuzstraße 20, II. Stock.
Gänselebern
 werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft.
 G. Mees, geb. Stürmer
 Erbprinzenstr. 21, II. Et.
Zu verkaufen:
 6 gute Begehrt mit Hahn, Futter und transportfähiger Stallung, zweirädriger Handwagen, fchw. Luchstuhm (Gr. 44). An-zuliegen von 3 bis 6 Uhr.
 Franz Engelhardt
 Gannwald-Allee 11. 7188

Koeh-Herde
 emailliert u. lackiert, beste Arbeit, billig zu verkaufen. Erleichterte Zahlungsbedingungen. 621
 Ph. Kraus, Gartenstr. 10.

Auf Silvester
 empfehle:
Deutsche Rot- u. Weissweine
 prima schwere
Spanier Rot u. Weiss
 offen über die Straße.
A. Seckinger, z. Barbaroffa
 Ecke Luisen- u. Marienstraße.

Volks-Buchhandlung
 der Sozialdem. Partei befindet sich
 Karlsruhe, Adlerstrasse 16.
 Telephon 8701.
Durlacher Anzeigen.
Zurngemeinde Durlach.
 Am Sonntag, den 2. Januar 1921, nachmittags 1/3 Uhr, findet im Lokal zum „Lamm“ unsere **General-Versammlung**
 statt (Türat 1/2 Stunde früher). Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Anträge müssen bis 31. Dezember beim 1. Vorstand Zg. A. Dietrich, Amalienstraße 25, abgegeben werden. Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt vollständiges und pünktliches Erscheinen. 7190
 Nach Schluß der General-Versammlung **gemütliches Beisammensein mit Tanz**
 Der Vorstand.

Allg. Ortskrankenkasse Durlach.
 Wir teilen unseren Mitgliedern und insbesondere den Arbeitgebern mit, daß nach einer am 27. ds. Mts. bei uns eingegangenen Mitteilung der Landesversicherungsanstalt „Baden“ in Karlsruhe die Beiträge zur Invalidenversicherung ab 20. Dezember ds. Js. auf das Doppelte erhöht wurden.
 Diese Beträge von diesem Zeitpunkt ab:
 für die III. Klasse 2.20 RM., pro Woche.
 für die II. Klasse 2.80 RM., pro Woche.
 Durlach, den 28. Dezember 1920. 7191
 Der Vorstand: Hirschauer.

Pranckuch & Co.
Zu Neujahr
Wunderkerzen
 Karton 1.-
Pranckuch & Co.

Für Vereine Tanzlehrer
 empfehle
 unübertragbare Tanz-kontrollen, Tombola-Lose, Kostillan-Orden, Eintritts-Karten, Diplome etc.
Bernhard Müller
 Papierhandlung
 Karlsruhe, Kaiserstr. 235
 Telephon 6366.

Kragen
-Wäscherei Schorpp
 liefert schnellstens
 Annahmestellen:
 Karlsruhe:
 Bernhardtstraße 8
 Kaiserstr. 34 u. 243
 Gerwigstraße 46
 Amalienstraße 15
 Waldstraße 64
 Wilhelmstraße 32
 Augustastr. 13
 Schillerstraße 18
 Kaiserallee 37
 Gabelsbergerstr. 1
 Rheinstraße 18.
 Durlach:
 Hauptstr. 15.
 Raftatt. Raftatt.
 Verkauf von **Alt- u. Möbel**
 Beschäftigung ohne Kauf-zwang erwünscht.
Karl Rauch,
 Dreherstr. 3. Dreherstr. 3.

Volks-Buchhandlung
 der Sozialdem. Partei befindet sich
 Karlsruhe, Adlerstrasse 16.
 Telephon 8701.
Durlacher Anzeigen.
Zurngemeinde Durlach.
 Am Sonntag, den 2. Januar 1921, nachmittags 1/3 Uhr, findet im Lokal zum „Lamm“ unsere **General-Versammlung**
 statt (Türat 1/2 Stunde früher). Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Anträge müssen bis 31. Dezember beim 1. Vorstand Zg. A. Dietrich, Amalienstraße 25, abgegeben werden. Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt vollständiges und pünktliches Erscheinen. 7190
 Nach Schluß der General-Versammlung **gemütliches Beisammensein mit Tanz**
 Der Vorstand.

Allg. Ortskrankenkasse Durlach.
 Wir teilen unseren Mitgliedern und insbesondere den Arbeitgebern mit, daß nach einer am 27. ds. Mts. bei uns eingegangenen Mitteilung der Landesversicherungsanstalt „Baden“ in Karlsruhe die Beiträge zur Invalidenversicherung ab 20. Dezember ds. Js. auf das Doppelte erhöht wurden.
 Diese Beträge von diesem Zeitpunkt ab:
 für die III. Klasse 2.20 RM., pro Woche.
 für die II. Klasse 2.80 RM., pro Woche.
 Durlach, den 28. Dezember 1920. 7191
 Der Vorstand: Hirschauer.

Volks-Buchhandlung
 der Sozialdem. Partei befindet sich
 Karlsruhe, Adlerstrasse 16.
 Telephon 8701.
Durlacher Anzeigen.
Zurngemeinde Durlach.
 Am Sonntag, den 2. Januar 1921, nachmittags 1/3 Uhr, findet im Lokal zum „Lamm“ unsere **General-Versammlung**
 statt (Türat 1/2 Stunde früher). Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Anträge müssen bis 31. Dezember beim 1. Vorstand Zg. A. Dietrich, Amalienstraße 25, abgegeben werden. Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt vollständiges und pünktliches Erscheinen. 7190
 Nach Schluß der General-Versammlung **gemütliches Beisammensein mit Tanz**
 Der Vorstand.

Allg. Ortskrankenkasse Durlach.
 Wir teilen unseren Mitgliedern und insbesondere den Arbeitgebern mit, daß nach einer am 27. ds. Mts. bei uns eingegangenen Mitteilung der Landesversicherungsanstalt „Baden“ in Karlsruhe die Beiträge zur Invalidenversicherung ab 20. Dezember ds. Js. auf das Doppelte erhöht wurden.
 Diese Beträge von diesem Zeitpunkt ab:
 für die III. Klasse 2.20 RM., pro Woche.
 für die II. Klasse 2.80 RM., pro Woche.
 Durlach, den 28. Dezember 1920. 7191
 Der Vorstand: Hirschauer.

Allg. Ortskrankenkasse Durlach.
 Wir teilen unseren Mitgliedern und insbesondere den Arbeitgebern mit, daß nach einer am 27. ds. Mts. bei uns eingegangenen Mitteilung der Landesversicherungsanstalt „Baden“ in Karlsruhe die Beiträge zur Invalidenversicherung ab 20. Dezember ds. Js. auf das Doppelte erhöht wurden.
 Diese Beträge von diesem Zeitpunkt ab:
 für die III. Klasse 2.20 RM., pro Woche.
 für die II. Klasse 2.80 RM., pro Woche.
 Durlach, den 28. Dezember 1920. 7191
 Der Vorstand: Hirschauer.

Allg. Ortskrankenkasse Durlach.
 Wir teilen unseren Mitgliedern und insbesondere den Arbeitgebern mit, daß nach einer am 27. ds. Mts. bei uns eingegangenen Mitteilung der Landesversicherungsanstalt „Baden“ in Karlsruhe die Beiträge zur Invalidenversicherung ab 20. Dezember ds. Js. auf das Doppelte erhöht wurden.
 Diese Beträge von diesem Zeitpunkt ab:
 für die III. Klasse 2.20 RM., pro Woche.
 für die II. Klasse 2.80 RM., pro Woche.
 Durlach, den 28. Dezember 1920. 7191
 Der Vorstand: Hirschauer.

Allg. Ortskrankenkasse Durlach.
 Wir teilen unseren Mitgliedern und insbesondere den Arbeitgebern mit, daß nach einer am 27. ds. Mts. bei uns eingegangenen Mitteilung der Landesversicherungsanstalt „Baden“ in Karlsruhe die Beiträge zur Invalidenversicherung ab 20. Dezember ds. Js. auf das Doppelte erhöht wurden.
 Diese Beträge von diesem Zeitpunkt ab:
 für die III. Klasse 2.20 RM., pro Woche.
 für die II. Klasse 2.80 RM., pro Woche.
 Durlach, den 28. Dezember 1920. 7191
 Der Vorstand: Hirschauer.